

Die Baugewerkschafft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pt., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Haupt-
straße 116, Fernsprecher: Amt Lützow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsanzeige u. dergl.
sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schlüsse der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 7.

Berlin, den 18. Februar 1912.

13. Jahrgang.

Zur Durchführung der Tarifverträge.

In den letzten Jahren ist es gelungen, fast in allen Gebieten des Deutschen Reiches Tarifverträge für das Baugewerbe abzuschließen. Vor zehn Jahren noch hätte niemand geglaubt, daß der Tarifgedanke so siegreich vordringen würde. Die Arbeiterorganisationen waren die treibenden Kräfte, die diese Umwälzung in so kurzer Zeit bewirkt haben. Die aufgelösten Arbeiter haben eingesehen, daß der Zusammenschluß aller Berufskollegen die Voraussetzung ist, wenn erfolgreich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt werden sollen. Die Arbeiterschaft mußte dieses einsehen, in Erwagung der Tatsache, daß alle Gesellschaftsschichten unseres deutschen Volkes nach Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse streben, und überall ein vermehrter Wohlstand Platz griff. Die Preise der zum Leben notwendigen Artikel bewegen sich seit Jahren fast in der ganzen Welt nach oben. Steigende Mehrausgaben auch für den Arbeiter auf der einen und der Anblick zunehmenden Reichtums auf der andern Seite, brachten uns zu der Überzeugung, daß andere Mittel gesucht werden mußten, als es die willkürliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bis dahin war. Unser Streben war darauf gerichtet, die Löhne den veränderten Verhältnissen anzupassen und anderseits zu verhindern, daß der geringste Konjunkturmöglichkeit eine Verschlechterung der Löhne nach sich zog, was ja ohne Organisation fast immer der Fall war. Schriftliche Vereinbarungen mit den Unternehmern über Arbeitszeit, Löhne, Kündigung usw. schienen geeignet, dieses Ziel in etwa zu verwirklichen. So sind wir denn an die Unternehmer herangetreten mit der Forderung, Tarifverträge mit uns abzuschließen. Die Unternehmer waren nicht ohne weiteres geneigt, sich mit uns über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verständigen. „Wir verhandeln nur mit unseren eigenen Leuten und nicht mit dem Führer, der uns die Leute auswiegelt“, so haben wir es oft von den Unternehmern gehört. Daß es sich hier um berechtigte Wünsche der Arbeiter handelte, wurde fast immer bestritten.

Jene sozialräumliche Aussicht, daß der Unternehmer allein „Herr im Hause“ sein müßte, und er am besten wisse, was seinen Arbeitern diene, war in Unternehmertreinen überall verbreitet. Mehr als ein Jahrhundert war gelehrt und geglaubt worden, daß das Wohlbefinden des Unternehmers das gleiche für seine Arbeiter zur Folge haben müßte. Die neuere sozialpolitische Forderung, auch dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages einzuräumen, mußte sich erst durchringen. Die Unternehmer haben sich gegen die Tarifverträge gesträubt, und mehr als einmal ist allen Gewerben, die diese einführten, der Untergang prophezeit worden. Zum Glück sind diese Erwartungen nicht eingetroffen. Ein Teil der Unternehmer hat sich mit dem Tarifgedanken befriedet; sie geben zu, daß der Tarifvertrag auch in ihrem Interesse liegt. Sicher war eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe geboten. Im Baugewerbe gibt es auch heute noch Unternehmer, die diesen Namen gar nicht verdienen. Diese bauen wohl Häuser, sie spielen sich sehr oft als große Herren auf, fahren gar mit der Drosche nach dem Bau und können am dritten oder vierten Lohnstag ihre Arbeiter nicht bezahlen; außerdem betrügen sie eine Anzahl Handwerker um ihre Forderungen. Diese Ge-

mente, die nichts zu verlieren haben, betreiben eine Schmuggelkonkurrenz, die jeder Beschreibung spottet. Sie sind es auch sehr oft, die einen Druck auf die Löhne ausüben. Diese Elemente durch eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, liegt im Interesse des ganzen Gewerbes. Die Unternehmerorganisationen im Baugewerbe, die vor einigen Jahren noch Feinde der Tarifbewegung waren, sind heute deren Freunde geworden. Diese Freundschaft ist leider noch nicht immer ehrlich; wir zweifeln aber nicht daran, die Unternehmer im Baugewerbe werden sich mit der Tarifentwicklung abfinden müssen.

Tarifverträge haben nun aber nur Wert, wenn sie auch eingehalten werden. Ein Unternehmer kann dem Tarifvertrag nur Interesse entgegenbringen, wenn er weiß, vor dem Ablaufstermin tritt eine Aenderung, die nicht im Vertrag vorgesehen ist, nicht ein.

Wir Arbeiter haben auch mit dem Tarifvertrag ein Interesse, wenn die Löhne zu allen Jahreszeiten und bei abflauender Konjunktur auf der gleichen Höhe bleiben. Bei den vertragsschließenden Parteien können daher ernsthafte Zweifel über die übernommene Pflicht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Einhaltung des Tarifvertrages zu erstreben, nicht auftauchen. Sicher sollte man annehmen, daß in Arbeitertreinen darüber Klarheit vorhanden wäre, alles daranzusehen, den Tarifvertrag auch durchzuführen. Nicht alle Kollegen denken so. Sie wünschen, daß sie alle Vorteile des Tarifvertrages genießen. Auch wenn sie die Arbeitszeit nicht einhalten und auch zuweilen in andern Punkten es mit dem Tarifvertrag nicht so genau nehmen, glauben sie doch, daß sei im Interesse der Arbeiterschaft gelegen. Dem ist nicht so. Ehre und Ansehen der Organisation erfordern es, nicht mehr zu verlangen, als der Tarifvertrag vorsieht, aber auch nicht weniger. Hier wird von manchen Kollegen noch recht viel gesucht. Darüber herrscht nicht die richtige Klarheit, daß jedes Handeln gegen den Vertrag als eine Schwäche der betreffenden Organisation gedeutet wird.

Beiß schlüssiger ist es natürlich, wenn selbst Organisationen sich nicht klar auf den Boden des Tarifvertrags stellen, wie dieses bei dem sozialdemokratischen Zimmererverband der Fall ist. Diese Ränke und Kenntnisse, verbunden mit einer guten Portion Demagogie, wie sie bei dieser Organisation seit einiger Zeit Mode geworden sind, sind ein Hohn auf die Ehrlichkeit einer Arbeiterorganisation. Brinkmann, der Redakteur dieses Verbandes, ist die treibende Kraft. Seine Ansicht kann man in den Satz fassen: „Die Organisation schließt wohl Verträge ab, weil sie das ja nicht immer verhindern kann; jede Zahlstelle hat aber das Recht zu stören, auch kann sie bei günstiger Gelegenheit höhere Löhne fordern.“ Gewinnen diese Ansichten in Arbeitertreinen Boden, dann sind die entstehenden Schwierigkeiten gar nicht zu berechnen. Eine derartige Haltung bringt die gewerkschaftlichen Organisationen um jeden Preis. Es ist nicht zu zweifeln, daß Brinkmann schon heute den Feinden der Tarifbewegung Material geliefert hat. Von dem Führer einer gewerkschaftlichen Organisation wird man eine derartige Demagogie kaum verstehen. Begreifen kann man dieses nur, wenn man sich einen Menschen vorstellt, der sich ungeheuer wichtig und geschwollen vorkommt, und der unter allen Umständen eine eigene gewerkschaftliche Taktik erfinden will. Ob sie richtig ist oder falsch, die Hauptzwecke scheint ihm zu sein, seine Person tritt dabei in den Vordergrund. Es ist bedauerlich, daß in Arbeitertreinen überhaupt derartige gefährliche Ansichten wenig.

Anfang finden, für unsern Verband können sie jedoch nicht in Frage kommen. Wir müssen die Verantwortung für die eventuellen Folgen denen überlassen, die hier mit Feuer spielen.

Wenn wir uns ohne jede Einschränkung auf den Standpunkt stellen, alle unsere Kraft für die Durchführung der Tarifverträge einzusetzen, dann verlangen wir dasselbe auch von den Arbeitgeberverbänden im Baugewerbe. Die Unternehmerpresse zieht jede Gelegenheit bei den Haaren herbei, um den Gewerkschaften irgendeine Tarifbrüche nachzuweisen. Sehr oft werden die eigenen Fehlgriffe gegen den Vertrag mit dem Hinweis auf die Gewerkschaften verteidigt. Niemand wird es den Unternehmern verübeln, wenn sie sich gegen Ansichten, wie Brinkmann sie vertritt, wehren. Wir müssen aber doch dagegen ganz entschieden Verwahrung einlegen, wenn die Unternehmerpresse öffentlich die Sache so darzustellen sucht, als wäre es den Gewerkschaften mit der Durchführung der Tarifverträge nicht so ganz Ernst. Die organisierten Unternehmer haben alle Veranlassung, mit den Gewerkschaften gemeinsam für die Durchführung der Tarifverträge zu sorgen. Auch wenn dieses geschieht, gibt es doch noch genug Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Unternehmer haben in ihren Verbänden Mitglieder, die sich immer dann organisieren, wenn die Arbeiter Forderungen stellen, und die Gewerkschaften haben eine Anzahl Mitglieder, die sich kurz vor der Lohnbewegung der Organisation anschließen. Ist die Bewegung vorbei, dann flüchten diese Eintragsfliegen schnell aus der Organisation. Diese Elemente kümmern sich nicht um die Durchführung der abgeschlossenen Verträge; sie sind es, die den vertragsschließenden Parteien die Schwierigkeiten bereiten. Da nun auch nicht alle Unternehmer und alle Arbeiter im Gewerbe organisiert sind, und auch oft die Mitglieder der einzelnen Organisationen nicht strenge Disziplin üben, reicht der Einfluß der vertragsschließenden Parteien nicht aus, um den Vertrag überall durchzuführen. Die Unternehmer reden so oft davon, die Gewerkschaften könnten ihnen keine Garantien bieten, daß der abgeschlossene Vertrag auch eingehalten würde. Praktisch liegen die Dinge so wohl so: die Gewerkschaften können — und sie tun es auch — verhindern, daß die Unternehmer nicht gezwungen werden, höhere Löhne zu zahlen, als der Tarifvertrag vorsieht. Die Arbeitgeberverbände können es aber nicht verhindern, daß eine Anzahl Unternehmer den Tarifvertrag — Tarifvertrag sein lassen und dann zahlen, was sie wollen. Es dürfte in allen Bezirken zahlreiche Fälle geben, in denen sich die Dinge in der angekündigten Weise abspielen. Gegen diese Unternehmer kann keine Schlichtungskommission und kein Schiedsgericht etwas ausrichten; hier muß die gewerbliche Rechtsprechung mitheissen, den Tarifvertrag durchzuführen. Die Stellung der Gewerbebergerichte zu den Tarifverträgen ist daher außerordentlich wichtig. An eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge ist vorläufig nicht zu denken; die Gewerbebergerichte sind auch unter dem bestehenden Recht imstande, dem Tarifvertrag den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen. Sie brauchen keine Bestimmungen nur als ortsbüchlich anzusehen — was sie ja auch fast immer sind — und allen Streitfällen den Tarifvertrag zugrunde zu legen. Bei der Mehrheit der deutschen Gewerbebergerichte wird auch so verfahren. Es gibt aber auch Gewerbebergerichte, die sich an die Tarifverträge überhaupt nicht stören. Es handelt sich hier meistens um Gewerbebergerichtsvorstände, die vom gewerblichen Leben keine Ahnung haben oder den individualistischen Standpunkt vertreten. Derartige Gewerbebergerichte schaden dem Tarifgedanken nicht wenig.

Wie kann eine Aenderung erreicht werden? Es dürfte sich empfehlen, gemeinsam mit der Arbeitgeberorganisation sich in einem Schreiben an die Gewerbeberichte zu wenden und die Ansicht der vertragsschließenden Parteien darzulegen. Weiter dürfte es angebracht sein — da vielen Richtern eine Ansicht von Seiten nicht imponiert —, das Zentralbeschiedsgericht zu veranlassen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Einige der unparteiischen Herren gelten auf dem Gebiete des gewerblichen Arbeiterrights als Autoritäten. Würden diese ihre Ansicht zum Ausdruck bringen, dann könnte gleichfalls dieses Material den Gewerbeberichten zugesandt werden. Sicher wird dies nützen. Weiter dürfte aber auch notwendig werden, die Arbeitgeber zu einem Gewerbebericht über diese Frage aufzufordern. Ein Beisitzer, der hier über die erforderliche Sachkenntnis verfügt, kann uns viel nützen. Die wichtigste Arbeit wird wohl nach wie vor bei der Durchführung der Tarifverträge den gewerkschaftlichen Organisationen überlassen bleiben. Die Erfahrung lehrt uns ja auch, daß überall, wo wir gut ausgebauten und nach innen geistige Gewerkschaften haben, die Durchführung der Tarifverträge nicht die Schwierigkeiten verursacht, wie dort, wo ein großer Teil der Arbeiter der Organisation fernsteht. Wer also von den Kollegen will, — und das wollen wir ja wohl alle —, daß die Tarifverträge nicht bloß abgeschlossen werden, sondern in der Praxis auch vollständig zur Durchführung gelangen, der versäume nicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Stärkung und den Ausbau unseres Verbandes zu arbeiten. F. E.

Allgemeines.

Eine sozialdemokratische Eigennutz machte sich unter der Überschrift „Schwarze Tarifverträge“ die Stunde durch den sozialdemokratischen Blättermahl. In Ellersberg in der Oberpfalz (?) soll, so heißt es da, durch den dortigen Bartherrn auf den Regierungen ein gewirkt worden sein, damit dieser keinen Sohn, der Mitglied einer sozialdemokratischen Gemeinschaft war, ziehen sollte, aus der Gewerkschaft auszutreten, im andern Falle der Sohn seinen Sohn zu verlassen habe. Seiner sollen zahlreiche elend bezahlte Textilarbeiter, die früher ebenfalls organisiert waren, von der sozialen Organisation zunächst im Stich gelassen werden, als sie zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage Lohnforderungen stellten; die Folge wäre „ein allgemeiner Arbeitsmarkt zur freien Gewerkschaft“ gewesen und „die christliche Zehntschele ging in Trümmer“. So viele Behauptungen, so viele Unwahrheiten! Ein Ellersberg in der Oberpfalz gibt es gar nicht, sondern eins in Mittelfranken. Und der dortige Bartherr hat gar keine Drohung oder gegen den Sohn noch gegen eine andere Person ausgesprochen, sondern lediglich einen jungen Mann von der Sozialdemokratie herangezogen, was sein gutes Recht als Sohnsohn ist. Direkt kommt in die Schriftsprüfung die gewölbte Organisation bei: die Sozietat im Stiche gelassen, ebenso in den ersten allgemeinen Verhandlungen in die sozialdemokratische Organisation kein Sitz wahr. Letztere ist nicht so, daß die Christgruppe des christlichen Tarifarbeitsverbandes in Ellersberg heute die vierfache Zahl von Mitgliedern hat wie Ende 1910, wo eine Anzahl Mitglieder aus Angst vor den Unternehmern ausgesetzt übergetreten sind. So sieht es mit der angenommenen sozialdemokratischen Zehntschele aus, während die Sozialdemokratie trotz aller Isolation nichts zusammentragen. Das hat darüber jedoch sie nun allelei Unnachheiten in die Welt.

Arbeiterhilfskräfte in der Gewerbeaufsicht. Eine Förderung des Arbeitertummes auf dem Gebiet des geistigen Arbeitertummes läuftet drin, auch Arbeiter für die Überwachung der Durchführung der Schutzbestimmungen herangezogen. Im Bergbau ist nun der Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen ein bedeutender Schritt nach der Sicherung des getan werden. In der übrigen Zeit ist das noch nicht so weit. Von einzelnen Betriebsräten ist der Weg allerdings schon beschritten worden. Jüngst ist nun, wie geschildert wird, im Südzigeck Sachsen beraten, die Gewerbeaufsicht weiter auszudehnen. Die jüngste Regierung will einer sozialistischen und dem Arbeitertum zur Unterstützung bei der Gewerbeaufsicht befähigen. Das Personal der jüngsten Gewerbeaufsicht soll aus 15 Geheimratsempfundenen, 5 Beamten, 1 Kommissar und 2 Steinmeistern bestehen werden. Die Stelle eines gewerkschaftlichen Oberhauptes sowie eine Zentralstelle für die gesamte Gewerbeaufsicht ist vorgesehen. Das gute Beispiel, gesetztes und dem Arbeitertum zur Gewerbeaufsicht herangewandten, wurde offensichtlich auch in den Gewerbeaufsichten Nachahmung finden, wo der Gedanke bis jetzt nicht verwirklicht wurde.

Die Arbeiterschaftsliste der evangelisch-nationalen Gewerbebewegung Mitteldeutschlands füllten am 1. und 2. Februar ihre Quartslisten, in Chemnitz und Leipzig unter Präsident des bekannten Führers der sozialen Gewerbebewegung Peter Sieber, Königswalde i. Vogtland, wo bei der die Belehrung der Reichsregierung der Arbeiterschaftsliste gelegentlich

Wahlkampfes einen starken Mitgliedszuwachs zu verzeichnen. Am Schlus der Besprechung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Sekretärskonferenz stellt fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten durchaus nicht alle, ja, nicht einmal in der Mehrzahl dem Arbeiterstand direkt oder indirekt angehören, obwohl die Sozialdemokratie ihrerseits sich als die einzige Arbeiterpartei hinstellt. Andererseits hält es die Konferenz für direkt notwendig, daß der Arbeiterstand durch Angehörige im Reichstag vertreten wird. Der Arbeiter ist in allen Arbeitersachen, die einen breiten Spielraum der inneren Politik einnehmen, Sachverständiger, er ist zugleich auch der gegebene Vertreter der breiten Masse des Volkes. Die Sekretärskonferenz erkennt darinbar an, daß einzelne nationale politische Parteien ernstlich bemüht gewesen sind, Vertreter des Arbeiterstandes als ihre Kandidaten zum Teil mit Erfolg in den Reichstag zu bringen. Sie hält es aber für notwendig, daß in Zukunft mehr als bisher der Versuch gemacht wird, der nationalen Arbeitersbewegung Vertretung im Reichs- und Landesparlament zu schaffen.“

* * *

„Circulez, Messieurs“. Bekanntlich befindet sich immer eine Anzahl Sozialisten unter den französischen Regierungsmännern und auch unserer deutschen Sozialisten Ziel ist die Republik. Da ist es gewiß interessant, zu vernehmen, wie die „freie“ republikanische Regierung mit sozialistischen Demonstranten umzingeht. Der Pariser Mitarbeiter der „Dresdener Neueste Nachrichten“ schreibt darüber in interessanter Weise in diesem Blatte:

„Während bei uns die Ankündigung, die Truppen seien in den Kasernen konsigniert, schon ein ganz besonderes Kennzeichen öffentlicher Gefahr ist, rückt in Paris das Militär bei jeder Gelegenheit aus und gibt damit der ganzen Situation ein sehr bedrohliches Gepräge. Daher der sonderbare Hass des französischen Proletariats gegen die Armee. Doch greift der Soldat verhältnismäßig selten ein. Die Polizei geht stramm genug vor. „Circulez, Messieurs“, sagt der hölliche Pariser Schuhmann. Der Sinn aber ist: „Mache n Sie schleunigst, daß Sie fortkommen, sonst ha' ich Ihnen eins mit der Faust zwischen die Rippen.“ Ich habe hier Standalizenzen beobachtet, deren Anlaß wirklich sindlich war. Die Mehrzahl der Arbeiter hatte keine Ahnung, warum sie eigentlich demonstrierte. Aber die Polizei griff zu, daß einem Osterbier das Herz im Leibe gelacht hätte. Bei all jenen Gelegenheiten macht die Polizei einen sehr kleinen Unterschied zwischen bürgerlich und arbeitermäßig angezogenen Männern. Bei einem Zylinder auf dem Kopf ist man vor jeder polizeilichen Intervention sicher — natürlich abermals ein Grund zur Erbitterung.“

So handelt die republikanische, sozialistische Regierung. Würde unsere monarchische Regierung ähnlich wagen, würde die rote Führerjägert einen Rostockskandal machen, würde von „Kunstfeuer“ reden, der es nach „Proletariat“ gefüllt, die den „Proletarien“ auch noch die Einweide herausreissen möchte usw., man kennt das ja. In Frankreich heißt's: „Circulez, Messieurs“, machen Sie, daß Sie fortkommen, sonst ha' ich Ihnen eins mit der Faust zwischen die Rippen. Tropfend wünschen die Sozialisten ein „Frankreich“ herbei.“

* * *

Wie „Sie Berlin“ über Lohnbelastungen urteilt. Sie lesen in Nr. 31 der in Ratiophor erscheinenden „Oberösterreichischen Volkszeitung“ vom 9. Februar d. J.:

„**Bergarbeiterstand in Österreich.**

Aus Gabitzsch wird über einen frivollen Bericht einer Firma von Bergarbeitern der Königin-Luisengruße folgendes berichtet: Auf dem Festselbe des französischen Bergortes „Königin Luise“ verweigerten heutemorgen 140 Männer die Einsicht zur Tagessicht, indem sie die Forderung einer zehnpromtigen Lohn erhöhung stellten, die natürlich nicht bewilligt wurde. Es handelt sich um unverheiratete junge Burschen. Die „Kattowitzer Zeit“ bemerkt dazu, daß die jungen Burschen sicherbar das schöne warme Bett und den in Gabitzsch befindenden Markttag zum Rummen benutzen wollten.“

Gern wie jedes zehnseitige Schermafachblättchen, um zu buameln, stellt man doch keine Lohnforderungen, denn das kann man ohne diese haben. Das ist eine der allgemein üblichen Verleumdungen gegen Streikende, die das Ratiophor statt der Abweitung gegen die Gewerkschaften frivoll übernimmt. Es kann verzerrt sein, daß es damit sich an Bergarbeiter bei den Arbeitern gewandt. Wir verlangen keineswegs, daß man alle Streiks ohne weiteres billig, aber teuerungen tun wir eine gerechte und fairmäßige Beliebung. Wenn das Blatt über die Lohnforderung wie etwas Selbstverständliches schreibt, daß sie „natürlich nicht bewilligt wurde“, so hätte es sich die Wahrheit wünschen sollen, einmal die bisherigen Löhne zu untersuchen, vielleicht wäre es dann zu einem anderen Urteil wie zu dem vom „frivoli inzessierten Ausland“ geführten. Und darüber besteht doch in ganz Deutschland keine Meinungsverschiedenheit, daß die Löhne in Überholen nicht richtig sind, viel niedriger als sonst, doch die Lohnverhältnisse sich aber ganz erheblich verteuert haben. Die Forderung nach höheren Löhnen ist da doch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die oberösterreichischen Arbeiter ersehen damit aufs neue, was sie von der „Berliner“ Rücksicht zu erwarten haben.

Wirtschaftliche Bewegung.

Erwähnt wird: Eisen (Gliedläger) Sperrt über die Eisen-, Stahl-, Metall-, Textil-, Berg-, Bau-, chemische Arbeiter des Zwischenmeisters Seifer. Gegen

hansen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter Holländisch (Sperrt über Pawlisch) wegen Platzregelung Zugang ist fernzuhalten).

Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe.

Entscheidung 218 (Goldberg i. Sch.).

1. Die Entscheidung der Vorinstanz wird aufgehoben.

2. Der am 2. Mai 1910 geschlossene Vertrag unter die Vereinbarung 3 vom 16. Juni 1910 für die Behandlung von Streitigkeiten, die auf diesem Vertrag entstehen, sind daher die zwischen den Zentralorganisationen im Hauptvertrag und in dem Vertragsmuster für die Ortsverträge vorgesehenen Instanzen nicht zuständig.

Gründe:

Im Lohngebiet Goldberg i. Sch. besteht Streit über die Abgrenzung des Vertragsgebiets für den Maurervertrag. Das Schiedsgericht hat für den Zimmerer- und Maurervertrag ein gleiches Lohngebiet festgesetzt, worin der Bauarbeiterverband eine unzulässige Aenderung des am 16. Juni 1910 abgeschlossenen Maurervertrages erblickt.

Gemäß der Dresdener Protokoll-Eklärungen vom 16. Juni 1910 (Ziffer 3) bleiben Verträge, die während der Bewegung geschlossen sind, bestehen unfallen nicht unter den Schiedsspruch. Festgestellte Maßen wurden am 16. Juni 1910 in Goldberg zwischen der dortigen Arbeitgeber- und der dortigen Arbeitnehmerorganisation für die Maurer ein Tarifvertrag abgeschlossen. Da für die Gültigkeit der während der Bewegung abgeschlossenen Verträge die Genehmigung der Zentralorganisationen selbstredend nicht erforderlich ist, so gilt der genannte Vertrag als „geschlossen“ im Sinne der obigen protokollarischen Erklärung. Dieser Standpunkt ist auch bereits in den Gründen zur Entscheidung Nr. 59 vertreten.

Entscheidung 219 (Mecklenburg).

Das Zentralschiedsgericht lehnt die Entscheidung über die Frage, ob Arbeitnehmer, wenn sie einzeln oder geschlossen die Arbeit unterbrechen, ohne durch wirtschaftliche oder gesetzliche Gründe dazu genötigt zu sein, und ohne mit dem Arbeitgeber eine Vereinbarung getroffen zu haben, damit das Arbeitsverhältnis lösen, ab, da es sich nicht um eine Frage des Tarifvertrages, sondern um eine Frage des Einzelarbeitsvertrages handelt.

Gründe:

Die aus dem Tenor ersichtliche Entscheidung wird aus Anlaß des gegen den Willen des Arbeitgebers in Rostock am 1. Mai erfolgten Feierns verlangt.

Das Schiedsgericht für das Baugewerbe in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg hat sich in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1911 für unzuständig erklärt, da es sich um eine grundfeste, den Inhalt des Hauptvertrages berührende Angelegenheit handele, für die nach § 5 Absatz 3 des Hauptvertrages das Zentralschiedsgericht zuständig sei.

Eine grundfeste Frage liegt allerdings insofern vor, als es sich um die Maifeier handelt. Diese Frage sollte aber, wie die Parteien bei Abschluß des Hauptvertrages zu erkennen gegeben haben, das Tarifverhältnis nicht berühren.

Die in der allgemeinen Fassung verlangte Entscheidung berührt aber lediglich die einzelnen Arbeitsverträge, über welche nach dem Tarifvertrag lediglich die zuständigen staatlichen Gerichte, d. h. die ordentlichen oder Gewerbeberichte, zu entscheiden haben.

Entscheidung 220 (Bremerhaven).

Den Arbeitern, die zu den in der Entscheidung Nr. 163 vom 14. März 1911 bezeichneten Ausschaffungen von unter den Vertrag fallenden Unternehmen verwendet werden, sind die tariflichen Löhne zu zahlen.

Gründe:

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat den Antrag gestellt, daß Zentralschiedsgericht wolle beschließen, daß Arbeitern, die zu den in der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 163 bezeichneten Ausschaffungs- bzw. Erdarbeiten verwendet werden, die tariflichen Löhne zu zahlen sind. Diesem Antrag konnte nur insoweit stattgegeben werden, als diese Arbeiten von unter den Vertrag fallenden Unternehmen ausgeführt werden (Ziffer 4 der protokollarischen Erklärungen zu den Berliner Vereinbarungen). Dagegen ist das Zentralschiedsgericht unzuständig bezüglich der nicht unter den Vertrag fallenden Unternehmen.

Entscheidung 221 (Saarbrücken).

Die Verhandlung in vorliegender Streitsache wird in der Erwägung abgewiesen, daß nach übereinstimmendem Vortrag der Parteien der Vertrag noch nicht abgeschlossen und das Zentralschiedsgericht deshalb unzuständig ist.

Gründe:

Der Deutsche Bauarbeiterverband legt Berufung ein gegen die grundsätzliche Entscheidung des Schiedsgerichts Saarbrücken vom 29. August 1911; diese besagt, daß Erdarbeiten, die zur Vorbereitung von Betonbauten gehören, nicht unter den Vertrag fallen, soweit die Frage nicht durch die protokollarischen Erklärungen zu § 4 geregelt ist. Nachdem zugestimmte Normen in Saarbrücken kein formell genehmigter neuer Vertrag besteht, der bisherige Vertrag aber als höchste Instanz das neue Schiedsgericht nicht vorsehen kann, so war auch dieses zur Entscheidung der gegenwärtigen Streitsache nicht zuständig.

Entscheidung 222 (Saarbrücken).

In Sachen des Arbeitgeberverbandes im Saargebiet gegen die Eisenbetonfirma Sohnius erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe dahin:

Die Verhandlung über die Frage, ob das Zentralschiedsgericht dem Satz: „Erdarbeiten, die zur Vorbereitung eines Betonbaues gehören, fallen, soweit diese Frage nicht bereits durch die protokollarische Erklärung zu § 4 geregelt ist, grundsätzlich nicht unter den am 23. September 1910 geschlossenen Tarifvertrag.“ zustimme, wird abgelehnt in der Erwagung, daß nach übereinstimmendem Vortrag der Parteien der Vertrag noch nicht abgeschlossen und das Zentralschiedsgericht deshalb unzuständig ist.

Entscheidung 223 (Woldegk i. M.).

1. Die Entscheidung der zweiten Instanz wird aufgehoben.

2. Der Zimmermeister Krüger und die Firma Fromont u. Co. in Woldegk i. M. sind verpflichtet, an die beschäftigten Tischler und Stellmacher den Zimmermannslohn zu zahlen.

Gründe:

In Woldegk i. M. ist ein örtlicher Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberbund und der Zahnstelle Woldegk des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands auf Grund des Dresdener Schiedsspruches abgeschlossen. Dasselbe werden Tischler und Stellmacher, wie festgestellt ist, zu Zimmerarbeiten verwendet, jedoch nur als Tischler und Stellmacher entlohnt. In dem hieraus entstandenen Streit hat das Schiedsgericht zu Rostock vom 27. Oktober 1911 entschieden, daß die betreffenden Meister nicht verpflichtet seien, den zu Zimmerarbeiten verwendeten Tischern und Stellmachern Zimmermannslöhne zu bezahlen.

Der hiergegen eingelagerte Berufung war stattzugeben mit Rücksicht auf § 4 des Vertrages und Nr. VI Bissel 5 der Begründung zum Hauptvertrag und Vertragsmuster, wo ganz allgemein ausgesprochen ist, daß der für Zimmergesellen hier eingestzte Lohn für alle Zimmerarbeiten bei gleicher Leistung zu zahlen ist.

Die Annahme der schiedsgerichtlichen Begründung, die Tischler müßten, wenn sie für Zimmerarbeiten Zimmerlöhne erhalten wollten, einen eigenen Vertrag für Zimmerer mit ihren Arbeitgebern abschließen, ist irrtümlich, da die Tarifverträge nur von den Organisationen abgeschlossen werden. Dies ist aber bereits geschehen.

Entscheidung 224 (Schwerin i. M.).

Gemäß Entscheidung zu Nr. 26 ist der Zimmermannslohn zu zahlen, wenn die in Betracht kommenden Arbeiter in einem Zimmerbetrieb beschäftigt werden.

Ist letzteres der Fall, so wird der Schiedsspruch aufgehoben, und die Firma Bocholdt ist schuldig, den Zimmermannslohn zu zahlen.

Werden aber die Arbeiter auf Rechnung eines Tischlereibetriebes beschäftigt, so ist das Zentralschiedsgericht unzuständig.

Zur Feststellung dieser Fragen wird die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Gründe:

In Schwerin hat Zimmermeister Bocholdt Tischler mit Zimmerarbeiten beschäftigt, diesen jedoch nicht den Zimmermannslohn hierfür bezahlt. Auf die eingelegte Beschwerde der Zahnstelle Schwerin des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands entschied das Schiedsgericht zu Schwerin am 26. Oktober 1911: „Der Zimmermeister Bocholt, Schwerin, ist nicht verpflichtet, den von ihm beschäftigten Tischlern Zimmermannslohn zu bezahlen.“ Gegen diesen Entscheid hat der Zimmerarbeiterverband Berufung zum Zentralschiedsgericht ergriffen. Bei der Beratung über diesen Gegenstand wurde vorgebracht, daß Bocholdt nicht nur das Zimmermeistergewerbe ausübe, sondern auch einen Tischlereibetrieb verwalte; möglicherweise seien die Tischler in diesem letzteren Betriebe als Zimmerer verworben worden. Dazu wäre aber das Zentralschiedsgericht nicht zuständig. Zur Feststellung der Lauffragen mußte die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen werden.

Hinsichtlich des ersten Satzes des Textes wird auf die Begründung zu Nr. 26 Bezug genommen.

Jahresbericht des Bezirks Hannover.

Im letzten Jahresbericht sprachen wir die Hoffnung aus, daß im Jahre 1911 im allgemeinen eine gute Konjunktur im Bezirk eintreten würde. Dieses ist nicht ganz in Erfüllung gegangen.

In Hannover besonders hatten wir unter einer schlechten Konjunktur zu leiden. Durch die Baupolizei wurde eine Verordnung herausgegeben, nach welcher die vierzig Etagen nicht mehr vor zu Wohnungen ausgebaut werden dürfen. Diese Verordnung bewirkte gleich bei Beginn der Bauperiode eine Stockung, die auch das ganze Jahr hindurch anhielt. Da in Hannover das Baugewerbe fast nur auf Privatbauten angewiesen war, konnte ein Rückschlag gar nicht ausbleiben. Allgemein hatte man angenommen, daß Hannover eine gute Konjunktur bekommen würde. Besonders Hoffnungen hatten wir auch auf den Bau der Kanallinie Nürnberg-Hannover gelegt, zumal die beiden Städte Hannover und Linden Hafenanlagen bekommen. Der Bau beider Häfen hat sich verzögert, weil zwischen den Stadtverwaltungen und der preußischen Staatsregierung Differenzen wegen dem Gelände der Hafenanlagen bestehen. Immerhin wird die Handtätigkeit durch die Hafenanlagen in nächster Zeit eine Belebung erfahren, werden doch dadurch neue Industriegelände erschlossen, Fabriken herangezogen, Geschäfts- und Lagerhäuser errichtet usw. Durch den Bau von Kalischächten in der Umgegend Hannovers konnte ein Teil der hannoverschen Bauarbeiter dort Arbeit finden.

Im Minden- und Ravensbergerlande hat sich in Minden und einigen ländlichen Bezirken die Konjunktur gebessert. Auch hier übt der Kanalbau einen guten Einfluß aus. Bei Minden wird der Kanal über die Weser geführt, sowie eine große Schleuse angelegt, mittels der die Schiffe aus der Weser in den Kanal und umgekehrt geführt werden können. In Deyenhaußen und Herford war die Arbeitsgelegenheit auch nicht besonders. Es sind jedoch Anzeichen vorhanden, daß in diesem Jahre, besonders in Herford, eine Besserung eintreten wird. In Löhne i. W. wird der Bahnhof umgebaut, auch dieses wird gute Arbeitsgelegenheit bieten.

In Hamburg und Harburg war die Konjunktur recht schlecht, der Hamburger Arbeitsmarkt wird zu sehr mit Fremden, besonders Dänen, über schwemmt. In keiner Stadt ist wohl die Aufforderung so eingerissen wie hier in der Domäne der „Genossen“. Letztere suchen der Aufforderung nachlos gegenüber, um so schärfer glaubt man aber den Kampf gegen unseren Verband führen zu müssen. Auch hat die Betonarbeit in den letzten Jahren in Hamburg bedeutend an Umfang zugenommen; dieses macht sich ebenfalls zum Schaden der geernteten Berufe bemerkbar. In Bremen hat sich die Konjunktur in diesem Jahre verbessert. Besonders gut war diese in Wilhelmshaven. Hier übt die Verlegung des Nordseegeschwaders einen bedeutenden Einfluß aus. Im südlichen Teil des Bezirkes wurde durch die großen Brände in Lindau a. H., und Duderstadt sowie durch den Bau von Kalischächten die Konjunktur gehoben. In Mühhausen i. Th. wird eine große Landeshalle und Pflegeanstalt gebaut, wo auch ein großer Teil unserer Kollegen vom Eigentümer beschäftigt ist. Diese Arbeit soll bis zum Jahre 1915 dauern. Wie sich die Konjunktur im Jahre 1912 gestalten wird, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen, hoffen wir jedoch das Beste.

Die Agitation ist in diesem Jahre lebhaft betrieben worden, und haben sich erstaunlicherweise wieder eine Anzahl tüchtige Mitarbeiter in den Dienst der Bewegung gestellt. In folgenden Orten in der Verband neu eingerichtet worden: Uelzen, Hörstel, Schnathorst und Umgebung, Lübeck i. B., Oberbeck, Schwiegershagen, Lübeck und Oldenburg. Im Kreise Lübeck, wozu auch Schnathorst gehört, haben wir zirka 100 Kollegen gewonnen. Vier haben einige Kollegen von Deyenhaußen fleißig mitgeholt. Dasselbe haben auch die Harburger Kollegen in Lübeck getan. In Bremen haben wir eine Anzahl Soldaten gewonnen. Es ist dringend notwendig, daß wir unserer Angestellten mehr diesem Berufe widmen, denn hier sind die Monopolbestrebungen der „Genossen“ im vollen Gang. Die Verwaltungsstellen Dingsbüttel, Bramscheberg, Deyenhaußen und Helmstedt haben eine schwere Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Steigerung der Mitgliederzahlen steigerte sich seit Übernahme des Bezirks durch den Unterbezirksleiter, wie folgt:

am Schlusse des Jahres 1908	3044
1909	3172
1910	3286

am Schlusse des III. Quartals 1911 3442

Die Steigerung im letzten Jahr beträgt daher 156 Mitglieder. Dieselbe würde bedeutend größer sein, wenn uns die schlechte Konjunktur in Hannover nicht für die Zahnstelle Hannover einen Rückgang gebracht hätte, dieser beträgt ungefähr 150 Mitglieder. Der Beruf ist jedoch nicht so groß wie der der georgischen Verbände. Sürde man andererseits in allen Orten energisch die Agitation betrieben haben, so würde auch dadurch eine bedeutend größere Steigerung erzielt sein. Zum vierten Quartal wird aber auch noch eine Steigerung erfolgen. Bei der Agitation gibt es hier im Bezirk manche Schwierigkeiten zu überwinden, die wir nicht alle streifen wollen. Wir werden jedoch unermüdet an der Ausbreitung unseres Verbandes weiterarbeiten.

Die Kassenverhältnisse haben sich verbessert. Ebenso sind die Beiträge gestiegen. Da der Spitze steht Hamburg mit einem Beitragsatz von 1 M. Es folgen dann einige Städte mit 95, 85, 80 Pf. usw. Wie werden jedoch auch einige kleine Orte daran erinnern müssen, daß sie den nach dem Statut vorgeschriebenen Beitrag zahlen. In einigen Orten ist die Handhabung der Beiträge noch mangelhaft, alle Aufforderungen und Ermahnungen rufen bei diesen nichts. Es sind immer dieselben, die aus Unwissenheit und Interessenlosigkeit den Gang der Vo-

rkäfte erschweren. Hier werden wir Wandel schaffen müssen. Mögen solche Kollegen lieber ihr Amt niedergelegen, als daß sie das ganze Jahr der Leitung die Arbeit erschweren und die Entwicklung des Verbandes aufzuhalten. Die größte Fluktuation ist bekanntlich in den Zahnstellen, wo die Vorstandsmitglieder ihre Pflicht nicht erfüllen.

Nach der großen Tarifbewegung 1910 hätte man annehmen sollen, daß in diesem Jahre nicht so viele Bewegungen geführt zu werden brauchten. Das Gegenteil ist eingetreten. Zunächst waren noch einige Tarife von 1910, die nicht endgültig abgeschlossen waren. So für Minden, Herford, Deyenhaußen, Böloho, Hannover, Braunschweig und Helmstedt. In den meisten Fällen handelte es sich um Streitpunkte, die durch das Zentralschiedsgericht entschieden werden mußten. Für Böloho schwankt noch ein Protest der Unternehmer gegen die Höhe des Lohnes. Die Unternehmer haben ein halbes Jahr nach Abschluß des Tarifes erst entdeckt, daß Böloho nicht ganz 5000 Einwohner hat. Daher wollen sie nicht, wie bei den ersten Verhandlungen festgestellt war, 5 Pf., sondern nur 4 Pf. zahlen.

Eine umfangreiche Arbeit ist mit den Schiedsgerichten bzw. Einigungsämtern, die als II. Instanz eingesetzt sind, verbunden. Im Bezirk Hannover bestehen solche Einigungsämter in Bremen, unter dem Vorsitz des dortigen Gewerbegebietsvertreters Herrn Dr. Steengrave, für den Bereich des Untereises-Emssgebietes, für das Minden-Ravensbergerland in Bielefeld unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Stapenhorst, für einen Teil der Verträge im Bereich des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes, in Hannover; hier hat den Vorsitz der Königliche Baurat Bölow übernommen. In einigen Verträgen ist das örtliche Gewerbegericht als II. Instanz bestimmt. Die meisten Streitfälle sind durch das Schiedsgericht in Bremen zur Erledigung gekommen. Im Jahre 1911 haben hier 11 Sitzungen stattgefunden, in welchen über 20 Fälle verhandelt wurden. Die Art der Streitfälle lagen, wie folgt: je 1 Fall betraf das Landsgeld, Auflösung des Arbeitsverhältnisses und Verlängerung der Winterarbeitszeit, in 3 Fällen um die Einführung der Aufforderung, in 6 Fällen um den Arbeitsnachweis und in 8 Fällen um den Lohn für Beton-, Erd- und Dieselpartien. Wie die hohe Zahl von Streitfällen zeigt, haben sich die Tarifverträge im Unterries-Emssgebiet noch nicht gut eingeführt. In Nordenham, wo schon seit Wochen Differenzen wegen der Arbeitsnachweisfrage bestehen, haben sich diejenigen so zugespielt, daß es zur Ausprägung gekommen ist. Unser Verband ist in Nordenham nicht vertreten. In Interesse der Tarifverträge sind solche Tarifkommissionen zu bedauern. Bei etwas gutem Willen sollte auch hier ein besseres Handwerkshandeln während der Tarifzeit möglich sein, wie es doch in anderen Gegenden auch möglich ist. Auch scheinen die Schlichtungskommissionen nicht zu arbeiten, wie es im Interesse des Tarifes notwendig ist, sonst könnte die Zahl der Fälle, die am Schiedsgericht zu erledigen wären, nicht so groß sein.

In Duderstadt, Enger, Eickel, Twistringen und Salzbergen liegen die bestehenden Tarife bzw. Vereinbarungen ab. In Dingelstädt, Kirchwörde, Lübbecke, Schnathorst und Osnabrück unsere Kollegen, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Alle angeführten Bewegungen kommen auf freudlichem Wege mit Erfolg beendet werden. In Duderstadt, Enger, Dingelstädt, Twistringen und Lübbecke wurden Tarifverträge abgeschlossen. Die Lohnsteigerung beträgt in den vier genannten Orten 4 Pf., in Lübbecke 5–6 Pf. pro Stunde. Der Tarif in Lübbecke gilt nur bis zum 1. April 1912, in Dingelstädt bis 1. April 1913, die anderen gehen über 1913 hinaus. In den übrigen genannten Orten stehen nur mündliche Vereinbarungen zustande, die auch nur bis 1. April 1912 gelten haben. Auch in diesen Orten kommen auf freudlichem Wege Lohnsteigerungen von drei bis acht Pfennig erzielt werden. Ferner konnten wir in Salzdorf, Helgoland und für die Soldaten in Bremen Tarife abschließen. Dieselben gelten bis 1913 und jenseits eine Lohnsteigerung von 3, 8 und 5 Pf. vor. In Wilhelmshaven mußte die Weltfirma Holzmann, Frankfurt a. M., zweimal gespielt werden, damit auch dort der örtliche Tarif eingehalten wurde; diese Spuren hatten ebenfalls Erfolg. In Hannover kam es zu Bewegungen bei den Fabrikarbeitern, Dienstleistern und Holzleitern. In allen drei Fällen kam es zur Arbeitsniedrigung, die aber mit Erfolg beendet wurden. Auf den Kaufarten der Landeshalle und Fleigeanstalt in Mühhausen kam es wegen dem Sandgeld zur Arbeitsniedrigung, auch wurde dieses nach zw. Tagen gestoppt. Im ganzen bestehen im Bezirk 38 Tarifverträge, und arbeiten rund 3000 Mitglieder unter tariflich geregelten Verhältnissen, der beste Beweis, daß unserer Kollegen auch im Bezirk Hannover der Schutz der Organisation im vollen Blute zurück wird.

Von den sozialen Wahlen wollen wir nur zwei anführen, und zwar solche, die nicht günstig für uns ausfielen; es sind das die Vertreterwahl der Ortsräte in Deyenhaußen und die Gewerbegechtswahl in Herford. Bei der ersten nahm die Zahl der Stimmen für die christliche Liste ab, obwohl die christlichen Gewerbegeckten dort als Mitglieder, besonders bei den Holzarbeitern, bedeutend zugewonnen haben. Hier kann der Ausfall der Wahl nur auf die Interessenlosigkeit der Wähler unsererseits zurückgeführt werden. Wenn schon Vorstandsmitglieder sagen, ich g. he nicht zur Wahl, dann die Genossen liegen doch, so ist es erklärlich, daß unsere Stimmen zurückgehen. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung werden die Wahlen in Zukunft alle nach dem Verhältniswahlsystem getätig, da besteht also die Möglichkeit, in alle Kammern eine Kandidat. Vertreter unserer Organisation hinzubekommen; dann müssen unsere Kollegen aber bis auf den letzten Mann zur Wahl gehen. In Herford befanden die christlichen Gewerbegeckten einen Vertreter, würden dort die Mitglieder, besonders die auswärts wohnenden, alle zur Wahl gekommen sein, so würde auch dort das Resultat ein besseres sein. Es muß daher

Die Baugewerkschaft.

nochmals an die Kollegen der Appell gerichtet werden, bei sozialen Wahlen besser ihren Mann zu stellen.

Auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen ist ebenfalls nach Kräften gearbeitet. Die Kartelle, welche in dieser Beziehung gearbeitet haben, sind von uns nach Kräften unterstützt worden. In Hannover hat in diesem Jahre erfreulicherweise eine Anzahl junger Kollegen dauernd den Unterrichtsfurzus bejubelt, auch haben sie verprochen, im Frühling wieder teilzunehmen. Auch haben wir wieder eine Anzahl Broschüren verbreitet, welche guten Absatz gefunden haben. In einigen Verwaltungsstellen, besonders solche, die sich keinen Ortskartellen anschließen können, wird noch mehr Gewicht auf den Bau der Bibliotheken gelegt werden. Der Bezirksleiter ist gern bereit, hierbei mit Rat und Tat zu unterstützen.

Der Bezirksleiter nahm im Berichtsjahr an folgenden Versammlungen und Sitzungen teil: öffentliche Versammlungen 19, Mitgliederversammlungen 68, Vorstandssitzungen 27, Vertrauensmännerversammlungen 23, Kartellsitzungen 20, 16 Kassenrevisionen, 43 Sitzungen mit Arbeitgebern (einschließlich der Einigungsämter), 21 Lohnkommissionen, 19 sonstige Versammlungen, konfessionelle Vereine usw., 10 Konferenzen und 3 Tage Bezirksleiterkonferenz und 5 Tage Generalversammlung in München.

Postjahren gingen folgende ein: Telegramme 3, Geldsendungen 38, Briefe 512, Postkarten 375, Drucksachen 188, Pakete 27. Ausgegangen sind: 30 Telegramme, 569 Briefe, 792 Drucksachen, 27 Pakete, 23 Geldsendungen. 16 Postjahren waren mit Strafporto bestellt, ohne die, die wir zurückgehen ließen. Es ist zwar eine Verletzung eingetreten, immerhin ist es noch zu viel, und sollten sich die Kollegen die Postbestimmungen ansehen.

Sie aus vorstehendem Bericht ersichtlich war auch das Jahr 1911 ein arbeitsreiches, auch war uns der Erfolg in etwa gleichgültig. Allen treuen Mitarbeiter spreche ich in dieser Stelle meinen Dank aus und wünsche, daß sie sich im neuen Jahre wieder mit voller Begeisterung an die Arbeit begeben, auch wollen wir hoffen, daß sich noch mehr Kollegen finden, welche ebenso opferbereit mitarbeiten, dann werden wir auch im neuen Jahre neue Fortschritte machen. — A. Jambrot, Hannover, Goßmannwall 16, Telefon 7756.

Verbandsnachrichten.

Gieboldehausen hat seit nun zweifachen der Bezeichnung eingetretene. Siehe darüber hierzu die Zeile zu unserer Generalversammlung.

Berwaltungsstelle Pottowitz O.-S. (Umgetreuer Kassier). Gegen den Ritter August Ujima bei der Vorstand der Berwaltungsstelle Anzeige erstatte, weil er Verbandsgefehr unterstülzte habe. Er hatte jäh am 8. Februar vor dem Schwurgericht in Pottowitz dieshalb zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Tagen Gefängnis.

Freiburg. Unsere Generalversammlung mit Vorstandssitz und am letzten Sonnabend im Januar im Lokale Häßelb. statt. Der Kassierer, Kollege Joh. Weil, gab den Jahresbericht über die Vereinshäuser und veranlagten selber, sowie über den Kartensatz. Es wurden 45 Mitglieder aufgenommen und insgesamt 222 Beiträge und 228 Agitationsmarken an die Mitglieder abgegeben. Da die Berwaltungsstelle wurden 1498,32 M. geleistet. Der Sozialfondsbestand stieg in der Berichtszeit von 28,89 M. auf 104,02 M. Letztere Schilder sind bei der Finanzlage angelegt. — Kollege Weil (Kassier) dankte dem Vorstand und dem besondern dem Kollegen Weil für ihre Mühsalhaftigkeit und insbesondere dem Kollegen Weil für ihre Mühsalhaftigkeit. Desseren Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle im vorherigen Jahre, sowie über den Verlust der Christlichen Bewegung des Kreises und des nachfolgenden Kartensatzes. Er wies unter anderem darauf hin, wie die beiden Unternehmer zunächst zu leiserer Zusage kamen, bevor sie die Einigung brachten. Folge des unzureichenden Eintrittes der Kollegen kam es jedoch nach vierwöchiger Abstimmung zu einem Tarifabschluß, der eine 7-9%ige Verminderung des Stundenlohnabsatzes während der Tarifdauer vorsieht. Der Stadtkreis erforderte Ausgaben in der Höhe von 25,10 M. — Zu dem Vorstand werden gewählt bzw. wiedergewählt die Kollegen: Otto Götz als erster, Jacob Hüttemann als zweiter Kassierer; Joh. Weil als erster, Joh. Thome als zweiter Kassierer; Jacob Grüters als zweiter Schriftführer; Jakob Schmid als zweiter Schriftführer; Wilhelm Heiles und Christian Bürger; als Verwaltungsratsdelegierter Hermann Thome. — Das gute Einvernehmen und die Arbeitsbereitschaft der beiden Kollegen bilden die feste Basis, bez. auch die neue Sache der Freiburg und die innere Freiheit und Friede zugleich weitere Fortschritte aufzuweisen.

Freiburg 1. Januar (Jahresbericht) 2000. Vertheidigung läuft mir auf das Jahr 1911 zurück. Es war ein sehr rege gesellschaftlicher Arbeit, mit Erfolg geführt. Wenn auch die Organisationsarbeit im vergangenen Jahre mühselig war, so ist sie doch in den ersten Monaten dieses Jahres wesentlich leichter geworden. Es wurde eine Befreiung aus der sozialen Gewalt, die in diesem Jahr eingetreten ist.

Es besteht für Freiburg organisatorisch unbefriedigende Arbeitssituation, und das zu einer Zeit, in welcher wichtige Geschäftslage. Freie Kartelle werden wir erneut, wenn eine größere Wirtschaftsperiode und insgesamt einige lange Tarifabschluß zu erwarten sind. Es ist daher in Freiburg nicht zu unterscheiden, ob es sich um eine schlechte oder gute Arbeitssituation handelt. Es kann

also angesichts solcher Tatsachen unmöglich von einer Befriedigung des Wohnungsbedarfs die Rede sein. Sollte nun wider alles Erwarten die private Bautätigkeit in dieser Beziehung sich noch länger hinausschieben oder versagen, so wird es die Pflicht von Staat und Gemeinde sein, energisch einzutreten. Die geplanten 50—80 Kleinwohnungen einer gemeinnützigen Baugenossenschaft bedeuten angesichts dieser großen Wohnungsnot bloß einen Trocken aus einem heißen Stein. Die Aussichten auf eine Belebung des Baumarktes in jeder Richtung können somit keineswegs ungünstig angeschlagen werden. Selbstverständlich muß auch mit der alten Methode der Stadtverwaltung, mit der bisherigen Verchleppungstatik und Projektmacherei aufgeräumt, und einer praktischen Handlung Platz gemacht werden. Die Stadt Freiburg würde sich angesichts der Zunahme der Sozialdemokratie auch darüber klar sein, daß eine künstliche Zurückdrängung der Industrie auf die Dauer unmöglich ist. Auch sollte die Stadtverwaltung angeleitet der herrschenden schlechten Arbeitsgelegenheit für eine lebhafte Entwicklung der Industrie die Bahn frei machen. Wir wollen hoffen, daß wir unsere Kollegen bald bessere Zeiten kommen.

Auch ist die gute Hoffnung vorhanden, daß für unsere Berwaltungsstelle die Zeit des inneren Siechtums endlich bald einmal überwunden sein wird. Es wird auch kein Stillstand in unserer Berwaltungsstelle mehr eintreten, wenn die Mitglieder ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun und auch auf den Baustellen ihren Platz stellen. Leiderhaupt sich etwas mehr Marmesum und Bekennersitz angewöhnen.

Besonders zu wünschen ist, daß auch in den verschiedenen konfessionellen Vereinen, besonders den Arbeiter-Vereinen, der christlichen Gewerkschaftsbewegung mehr Ausmerksamkeit gezeigt wird; mit bloßen Sympathieerklärungen kann uns in Baden, besonders in Freiburg, nicht mehr gedient sein. Denn gibt es einen größeren Widerpruch, als auf der einen Seite Mitglied eines christlichen Arbeitervereins zu sein, sich also auf positiv christlichen Standpunkt zu stellen, und andererseits einer sozialdemokratischen und somit in ihrem innersten Wesen atheistischen Gewerkschaft angehören? Also, arbeiten wir in Freiburg mehr wie bisher gegenseitig, Hand in Hand, allezeit unermüdlich an der Stärkung und dem weiteren Ausbau unserer christlichen Arbeitersbewegung, und diese wird sich dann auch in Freiburg und in Baden überhaupt immer mehr als die Quelle des Segens und der Wohlfahrt für die Arbeiter-chaft erweisen.

Wir sind gewiß, daß es hierbei an dem guten Willen und der nötigen Energie von seiten der derzeitigen Leitung der christlichen Gewerkschaften in Freiburg nicht fehlen dürfte. Besonders hemmend traten in den früheren Jahren unserer Berwaltungsstelle immer wieder die persönlichen Romantiken einiger besonders kritisch veranlagter, fast unbeherrschbarer Kollegen, entgegen.

Diese haben erstaunlicherweise im Berichtsjahr wesentlich nachgelassen. Es ist zweifellos eines der Hauptverdienste unseres Vereins, des Kollegen Henrich, hier mit der nötigen Großheit (ohne die es nicht ging) und bewunderungswürdiger Ausdauer und Energie Remedy geschafft zu haben. Wir wollen jetzt hoffen, daß Einigkeit und wahre Solidarität eine ständige Heimstätte bei unseren Kollegen in Freiburg für alle Zukunft finden.

Die Mitgliederentwicklung ist nach Lage der Verhältnisse im Berichtsjahr zufriedenstellend, sie stellt sich in den letzten Jahren wie folgt: im vierten Quartal 1909: 70, im vierten Quartal 1910: 109, im vierten Quartal 1911: 152 Mitglieder.

Die Einnahmen für die Hauptkasse stellen sich im einzelnen wie folgt: Der Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug: 164,74 M. für 70 Eintrittsmarken à 50 Pfennig wurden eingenommen 35 M. für 67 Beitragsmarken à 0,35 23,45 M. für 17 à 350 8,50 M. für 1218 à 0,60 750,80 M. für 2489 à 0,70 1742,30 M. für 106 Marken für Arbeitslose à 0,25 26,50 M. sonstige Einnahmen 2,95 M. zu die Hauptkasse sind geändert 2190,81 M.

Die Ausgaben für die Zentralkasse betrugen 532,68 M. die Einnahmen der Sozialkasse sind: Kassenbestand vom vorigen Jahre 172,77 M. Anteil an Eintrittsgeld und Beiträgen 230,78 M. für 106 Sozialfondsmarken à 0,20 gleich 10,60 M. für 217 Sozialfondsmarken à 0,20 gleich 43,40 M. sonstige Einnahmen 15 M. Die Ausgaben betragen 345,39 M. Kassenbestand für das 1. Quartal 1911 kommt 123,09 M. Die Gesamteinnahmen waren 2588,91 M. Ein Mehr gegenüber dem Vorjahr 615,72 M.

Das bedeutsamste für unsere Mitgliedschaft der Berwaltungsstelle Freiburg ist, daß ein großer Teil der Mitglieder sich sehr wenig bemüht, die eigentliche Arbeitstage richtig zu erfüllen. Dernach sollte eigentlich jeder Arbeitstag und in besonderen jeder christliche Gewerkschaftsmitgliedigkeit ist doch unserer Sozialwirtschaft. Auch zur die Arbeit- und Arbeiterverhältnisse sind Bedürfe des Kreises, auch über die rechtliche Stellung der Arbeitnehmer in der heutigen Staats- und Gesellschaftsform sollen die Arbeitnehmer unterrichtet sein.

Der Arbeitstag von heute muß wissen, in welchem Berhältnisse er zur Gesellschaft steht. Der Ideenkreis des Arbeiters muß über seine Kasse weit hinausgehen, wenn er nicht einen allgemeinen Phrasentum, wie es sich in letzter Zeit bei der Sozialdemokratie breit macht, annehmen soll. Um so schwierig der Sozialgehegebung nach zu bedenken, habilitiert werden. Der Stand unserer Sozialwirtschaft darf dem Arbeitern kein fremder Begriff sein. Ein gründiger Allgemeines Wissen unserer Freiburger Kollegen bringt, muß eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein; auch dürfen manche unserer Freiburger Kollegen die Organisation nicht mehr ignorieren, wenn man zum Beispiel einen Betrieb ausmacht, in dem man oben 0,10 M. verdient, wo man unten 0,05 M. verbraucht, so wie mit diesen Wahrhabe... 1. Hinweis mit jedem gewerkschaftsbestreben Rechtfertigen. Es ist eine Art sozial-politisches Selbstverstände-

Wer nicht aus ethischen Gründen, aus Rücksicht, um die soziale Not zu steuern, eine Besserung der gesamten Arbeiter-Gesellschaft herbeizuführen, Mitglied der Gewerkschaft geworden ist, der sei es doch wenigstens auslugem Egoismus.

Im Jahre 1912 muß in Freiburg ein bedeutend größerer Prognosatz Kollegen für uns gewonnen werden. Wir müssen hin zu den Unorganisierten und sie aufklären, ihnen die Notwendigkeit der Organisation aufzuzeigen und sie und sie einsetzen.

Kollegen! Es sollte einer höchster Stolz sein, nach Kräften dem Verband zu dienen. Je mehr wir machen an Zahl und Stärke, um so mehr sind wir in der Lage, die Arbeitererschaft zu vertreten. Je mehr wir das können, um so lieber wird uns unser Verband werden. Wir werden mit ihm verwachsen, er wird uns unentbehrlich sein. Gewöhnen wir uns mehr Kraft und Stetigkeit im Gewerkschaftskampfe an, und erinnern wir uns stets des Spruchs:

Wer nicht kämpfen will, wird niemals siegen,
Wer den Erfolg scheut, vollendet nie;
Wer zaudert kämpft, muß unterliegen,
Denn ihm fehlt die Kraft der Energie!

Gieboldehausen. Am 1. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nachdem unser Vorsitzender, Kollege Schneider, die Versammlung eröffnet und einen kurzen Rückblick auf die Arbeit im vergangenen Jahr geworfen hatte, erstattete er den Jahresbericht. Die Gesamteinnahme für die Zentrale betrug 73,24 M. Die Einnahme für die Sozialkasse 26,33 M. Bestand am Schlusse des Jahres 65,19 M. In den Vorstand wurden wiedergewählt die Kollegen H. Schneider als Vorsitzender und Kassierer; J. Gerhard als zweiter Vorsitzender und H. Nünemann als Schriftführer. Es wurde beschlossen, dem Kollegen Schneider, der bisher seinen Posten unentbehrlich bekleidete, eine kleine Vergütung von 5 M. zu gewähren. Der Vorsitzende äußerte den Wunsch, alle 14 Tage eine Versammlung abzuhalten, da wir viel Arbeit zu bewältigen hätten. Es wurde demgemäß beschlossen. Er feuerte die Kollegen zum Schlusse an, eifrig in der Agitation tätig zu sein und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis unser Ziel hier in Gieboldehausen erreicht sei.

Goschütz (Maurer). Am Sonntag, den 21. Januar, tagte im Lokale des Herrn Guhra unsere diesjährige Generalversammlung. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer, Kollege Gorisch, seinen Bericht vom dritten Quartal. Zu Punkt 2 gingen aus der Wahl hervor die Kollegen: als erster Vorsitzender Joh. Jendrik aus Drungau, als zweiter Vorsitzender Aug. Jendrik, Goschütz; als erster Schriftführer Aug. Ozla, als zweiter Karl Lorenz, Domaslawitz; Johann Schieweg und Joh. Brüel als Revisoren. Unter Verschiedenes sprachen die Kollegen Aug. Jendrik und Joh. Jendrik über die Bedeutung und den Wert der christlichen Organisation, insbesondere ermahnte der Vorsitzende, Kollege Joh. Jendrik, treu am Verbande festzuhalten. Da im Jahre 1912 die Löhne um 2 M. pro Stunde steigen, kann es den Kollegen auch nicht schwerfallen, die festgelegten Beiträge pünktlich zu bezahlen, damit wir im Jahre 1913 getrost sind. Mit einem Hoch wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Hamm (Maurer). Am 3. Februar fand im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Heusener eröffnete um 8 Uhr die Versammlung, die besser hätte besucht sein können, und gab die Tagesordnung, welche 12 Punkte enthielt, bekannt. So dann gab Kollege Hollenhorst den Quartals- und Jahresbericht. Wir hatten 134 Neuaufnahmen. Der Markenverkauf im ganzen Jahre war folgender: 134 Eintrittsmarken, 30 zu 55, 957 zu 65, 90 zu 70, 2967 zu 75, 248 zu 25, 330 Agitationsmarken zu 10, 66 Agitationsmarken zu 100, 443 Sozialmarken zu 10 und 8 Lokalmarken zu 50 Pf. Die Gesamteinnahme betrug 3510,95 Mark. An die Berwaltungsstelle wurden abgeliefert Mark 2914,94. Der Sozialfondsbestand beträgt 121,32 M. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen: Anton Heusener erster, Hermann Bajert zweiter Kassierer; Joh. Bücher erster, Heinrich Hollenhorst zweiter Kassierer; Heinrich Gillmann erster, Franz Mintz zweiter Schriftführer; als Revisoren Hajelow, Fischer und Treckmann; als Berwaltungsstellendekollegierte Hollenhorst, Bajert und Gillmann; als Kartellsdelegierte Bücher, Heusener und Hollenhorst. Kollege Bücher dankte dem alten Vorstand für die Arbeiten, die er im Interesse des Verbandes geleistet hatte, und ermahnte den neuen Vorstand, mit neuer Kraft für unseren Verband einzutreten. Auch forderte Kollege Bücher sämtliche Kollegen auf, sich an der in nächster Zeit zu tätigen Gesellenauswahl und Innungsschiedsgerichtswahl zu beteiligen. Nachdem noch einige Kollegen im Punkt Verschiedenes gesprochen hatten, wurde die Versammlung vom ersten Vorsitzenden um 1/21 Uhr geschlossen.

Witten. Unsere am 21. Januar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht, und hoffen wir, daß der Versammlungsbefund auch fernherin so bleibt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Kollege Siebert gab den Kassenbericht. Die Einnahme betrug im 4. Quartal 234,30 M. Ausgaben waren keine, bleibt somit an die Zentrale abzusenden 234,30 M. Die Einnahmen der Sozialkasse betrugen 252,24 M. die Ausgaben 80,10 M. Bleibt Sozialfondsbestand 112,14 M. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 4. Quartals 69. Davon sind 46 Maurer, 10 Zimmerer, 13 Hilfsarbeiter und zwei Lehrlinge. An die Zentrale wurden abgeschaut im Laufe des Jahres 1012,99 M. Die Revisoren erklärten die Kasse geprüft und in Ordnung befinden zu haben. Dann wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl übergegangen. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Theodor Büs-

mann; als zweiter August Lange. Die Wahl des ersten und zweiten Kassierers wurde verschoben bis zur nächsten Versammlung; als erster Schriftführer Franz Heilmann, als zweiter Hermann Büschmann; als Revisoren Heinrich Merschmeier und Bernhard Eibeler. Das Hausskassiererwesen wurde so eingeteilt, daß bei jedem Unternehmer ein Hausskassierer ist. Hierauf ernahm der Vorsitzende den neu gewählten Vorstand an ein eifriges Mitarbeiter in unserer Organisation, so daß wir am Schlüsse d. J. auf einen guten Fortschritt zurückblicken können. Dann wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Ingolstadt. Am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Kollege Augustin begrüßte alle erschienenen Kollegen herzlich, auch die von unseren Bruderverbänden, und gab die Tagesordnung bekannt, welche lautete: 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht des Vorstandes, 3. Neuwahl der Vorstandschaft. Der Kassenbericht konnte mir aus den Büchern bekanntgegeben werden, da die Abrechnungslisten von der Zentrale nicht mehr zurückgeschickt werden konnten wegen Kürze der Zeit. Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurden im verflossenen Jahre 1 Generalversammlung, 9 Monatsversammlungen, 3 Vorstandssitzungen abgehalten. Ferner wurde am 13. August ein Auszug nach Neuburg unternommen, da die Zahlstelle Neuburg eine öffentliche Versammlung ausgeschrieben hatte, mit Referat unseres Bezirksleiters Johann Brückner. Eine Anzahl „Gewissens“ erschienen auch und versuchten, wie üblich, durch Geschrei und Zwischenrufe die Versammlung zu sprengen, was ihnen jedoch nicht gelang. Kollege Brückner gab ihnen eine solch meisterhafte Abfuhr, daß sich nicht einmal einer zum Wort meldete. Der Mitgliederbestand ist ein schwankender. Die höchste Ziffer wurde im dritten Quartal erreicht, wo wir 137 Kollegen hatten, im vierten Quartal gingen wieder 13 verloren, meist ländliche Bauarbeiter. Die Gesamteinnahme aus verkauften Marken beträgt 2757,60 M. An Sterbeunterstützung wurden ausbezahlt 160 M., an Krankenunterstützung 479,80 M. An Postfischen gingen ein 55 Briefe, groß Postkarten, 9 Drucksachen, währenddem sich im Auslauf befinden 69 Briefe, 19 Postkarten, 1 Telegramm und 3 Telephongespräche. Manchen Strauß hatte die Vorstandschaft noch auszusuchen mit den Arbeitgebern, die jedoch alle zur Zufriedenheit unserer Kollegen gelöst wurden. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: 1. Vorstand Josef Augustin, 2. Johann Haus, 1. Kassierer Clement Städler, 2. Wendelin Reichenbacher, 1. Schriftführer Josef Dörr, 2. Johann Rettinger, ins Ortskartei die Kollegen Anton Pfälzer, Balthasar Kloiber, Friedrich Hautmann; als Revisoren Sebastian Eichhorn und Lorenz Schweiger. Was den Versammlungsbesuch anbetrifft, so muß derselbe als mittelmäßig bezeichnet werden. Es zeigt sich die traurige Errscheinung, daß fast alle älteren Kollegen die Versammlungen nicht mehr besuchen. Mit einem warmen Appell an die anwesenden Kollegen, dem Verbande treu zu bleiben, und mit dem Absungswort: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Generalversammlung.

Lüchtringen. Am Freitag, den 27. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu welcher auch unser Bezirksleiter, Kollege Friedl Werner, anwesend war. Zu Punkt 1 referierte Kollege Werner über die Arbeitgeberverbände, Syndikate, Innungen u. dgl. Am Schlüsse seiner Ausführungen tadelte Kollege Werner den schlechten Versammlungsbesuch. Es waren von 200 Kollegen nur etwa 50 erschienen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen neu bzw. wiedergewählt: als erster Vorsitzender Aug. Schäfer, als zweiter Wilh. Hujemann; als erster Schriftführer Wilh. Schäfer, als zweiter Herm. Heine; als erster Kassierer Anton Brillo, als zweiter Peter Müller; als Revisoren Josef Kuckuck und Aug. Knaup. Es werden alle Lüchtringer Kollegen erteilt, die Versammlungen doch besser zu besuchen als bisher, ebenso das An- und Abmelden beim Kassierer pünktlicher zu erledigen, damit ein jeder Kollege die „Baugewerkschaft“ pünktlich zugestellt erhält.

Melle. Am Sonntag, den 28. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Es waren etwa zwei Drittel der Kollegen erschienen. Erster Punkt war Rechnungsablage. An Marken wurden verkauft: Eintrittsmarken 10 Stück à 0,50 M., Beitragssmarken 568 Stück à 0,50 M., 674 Stück à 0,55 M., Arbeitslosen-Marken 71 Stück à 0,25 M. Die Revisoren erklärten alles für richtig befunden zu haben. An die Zentrale sind 520 M. abgeschickt. Nach Rücksicht zum Bezirksbeamten 62,10 M. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Erster Vorsitzender Warling; zweiter F. Bockstette; erster Kassierer Teiling; zweiter D. Bockstette; erster Schriftführer H. Richaus; zweiter Schomoller. Revisoren: Heitz und Bäumer. Die Wahl ist von allen angenommen. Es wurde dann noch über Mittel und Wege beraten, wie die Agitation möglichst wirksam gestaltet werden könnte. Man war sich einig, daß die Bautenagitation durchgreifender gehandhabt werden müsse, sondern müsse auf den Bauten eine schärfere Kontrolle geübt werden.

München. In unserer diesjährigen Generalversammlung gab der Vorsitzende, Kollege Hirsch, einen Rück- und Überblick über das verflossene Jahr. Die Entwicklung unserer Zahlstelle war im vergangenen Jahre befriedigend. Ein Mitglied ist uns durch den Tod entzissen worden. Die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von den Szenen. Der dann folgende Kassenbericht wurde von den Revisoren für richtig erklärt. In einem kurzen Vortrag begründete Kollege Brückner die vorgenommene Erhöhung der Eintrittsgebühr. Dieselbe wurde von der Versammlung angenommen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: M. Summerer, erster Vorsitzender; Ludwig Basier, zweiter Vorsitzender. Als erster Kassierer wurde Anton Bangerl gewählt, als zweiter Sommerer; erster Schriftführer wurde Etlin, er zweiter Schomoller. Revisoren: Anton Summerer und Wissler. Als

Kartelldelegierte wurden gewählt: Bangerl, Fenzl, Niedel. In den Jugendausschuß wurden die Kollegen Niedel und Maier gewählt, in die Beschwerdekommission Lohmeyer, Frick, Wagner.

Nürnberg. Einen würdigen Verlauf nahm die Generalversammlung unserer Zahlstelle am 27. Januar, deren Besuch leider nicht so war, wie man ihn hätte erwarten können. Zur Tagesordnung standen: Jahres- und Kassenbericht, Vorstandswahl, Regelung der Beiträge für 1912, Erledigung der Anträge und Geschäftliches. Den Jahres- und Kassenbericht gab Kollege Lang. Aufgenommen wurden in den Verband 216 Mitglieder, von sozialdemokratischen Verbänden traten 27 über. Leider reisten während des letzten Halbjahres 152 Kollegen ab, so daß dadurch die Mitgliederzahl um ein Bedeutendes zurückging. Über trocken hätte unser jetziger Bestand höher sein müssen. Das zeigt uns, wo wir in Zukunft den Hebel anzusetzen haben, nämlich in der Bekämpfung der Fluktuation. Mit dem Bestreben, neue Mitglieder für unsere Sache zu gewinnen, muß die Sorge hand in Hand gehen, die einmal gewonnenen auch zu erhalten. Letzteres ist insofern schwieriger, weil es oft leicht ist, einen für einen Augenblick für den Verband zu begeistern und ihn aufzunehmen, dieser sich aber der Opfer, die ein christlicher Gewerkschaftler im allgemeinen und ganz besonders in Nürnberg für den Verband zu bringen hat, nicht bewußt ist. Treten nun diese Opfer an ihn heran, dann geht er uns allzu leicht wieder verloren. Es muß also für die Zukunft unsere erste Aufgabe sein, stets hinter denen zu stehen, die nicht die nötige Sattelfestigkeit haben. Da aber für eine gute Entwicklung unserer Bewegung der geistige Hochstand unentbehrlich ist, wurden in dreizehn Versammlungen, 9 Vorstandssitzungen und 11 Vertrauensmänner-Sitzungen 15 Vorträge gehalten, die teils gewerkschaftlicher, teils sozialer oder sozialpolitischer Natur waren. Das Verhältnis zu den Arbeitgebern war, abgesehen von einigen Ausnahmen gut. Um so gespannter war es mit unseren sozialdemokratischen Brüdern, die in nicht weniger als 30 Fällen unsere Mitglieder um Arbeit und Brot brachten, weil sie christlich organisiert waren. Wie sie das mit ihrer Devise „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ mit Menschenwürde und Tarifvertrag in Einklang bringen, ist Geheimnis dieser Leute. Schlichtungskommisssionsitzungen fanden im Berichtsjahr sechs statt, welche 10 Entscheidungen erzielten. In drei Fällen wurde Berufung zum örtlichen und einmal zum Zentral-Schiedsgericht eingeleitet. Die Konjunktur war auch im heutigen Jahre wieder gut. Stark benutzt wurde auch unser Arbeitsnachweis. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß er von unseren Mitgliedern noch mehr unterstützt werden muß. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich, wie folgt: Für Marken wurden vereinnahmt 3961,20 Mark. Die Zahl der verkauften Arbeitslosenmarken betrug 147 Stück, das sind 2,8 Prozent. An Krankengeld wurden ausgezahlt 357,55 M., an Sterbegeld 32 M., an Gemaßregelten-Unterstützung 41 M., an Streifunterstützung 55,65 M. An bar wurden an die Verwaltungsstellenkasse abgeliefert 2831,16 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen 775,21 M., die Ausgaben 847,15 M., so daß unser Bestand um etwas zurückging, auf 159,63 M. Der Rückgang hat seinen Grund darin, daß die Lokalkasse die Einrichtung des neuen Bureaus übernahm. Mit Dankesworten an alle Mitarbeiter und der Bitte, daß im nächsten Jahre alle Mitarbeiter sein möchten, schloß der Referent. In der Vorstandswahl wurden wiedergewählt die Kollegen: Franz Sommer als erster Vorsitzender, Gurdan als zweiter; Reitmeier als erster Schriftführer, Heinrich Lang als zweiter. Zu Ausschußmitgliedern wurden gewählt die Kollegen: Endres, Leißl, Reithmühner, Schlichthorn, Spangler und Strickoth. Zu Revisoren: Schlichthorn und Beckerle. Zu Kartelldelegierten: Franz Sommer, Röder, Peter Schneiderbanger und Langmandel. Die Erhöhung der Beiträge für 1912 erfolgte einstimmig. Der Beitrag beträgt für Bauhilfsarbeiter 70 Pf. und für die anderen Berufe 80 Pf. Ein Antrag des Kollegen Eger, welcher lautete: „Sticht einer unserer Kollegen, so ist jedes Mitglied verpflichtet, einen Beitrag von 20 Pf. zu entrichten. Davon sollen zunächst die Auslagen bei der Beerdigung gedeckt werden, und wenn noch ein Rest da ist, dieser den Angehörigen des Verstorbenen zufließen. Sind solche nicht vorhanden, so soll über die Verwendung des Geldes eigens beschlossen werden.“ Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Ebenfalls wurde einstimmig angenommen ein neues Ortsstatut, wonach die Zahlstelle in Zukunft nur mehr 10 Prozent behält und die übrigen 5 Prozent der Verwaltungsstellenkasse zufließen. Gleichfalls wurde auch dem von der Verwaltung ausgesuchten Versammlungsort (Zollhof, Zeltner Straße) zugestimmt und die Versammlungen auf jeden ersten Donnerstag im Monat festgelegt. In seinem Schlusswort wies der Vorsitzende nochmals auf den Ernst unserer Tage hin und bat um allseitige Unterstützung. Hoffen wir, daß die vielen Anregungen, die in dieser Versammlung gegeben wurden, fruchtbaren Boden gefunden haben und in Zukunft schöne Früchte bringen für unsere Bewegung.

Rümbrecht. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 21. Januar die Generalversammlung ab, in welcher Bezirksleiter Lange einen sehr lehrreichen Vortrag hielt. Bei der Vornahme der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Um eine regelrechte Bedienung der Mitglieder zu ermöglichen, wurden die sehr verstreut liegenden Orte in mehrere Bezirke eingeteilt, und zwar: Bezirk 1: Rümbrecht, Rossenbach, Linscheid, Berkenrod, Langenbach, Gieringhausen, Gieringhauser Mühle, Hömel, Niederahausen und Breitenwiese. 2. Bezirk: Strangenbach, Hedinghausen, Kupichterod und Oberelen. 3. Bezirk: Hedinghausen, Grumet und Distelamp. 4. Bezirk: Kassierer übernahmen den ersten Bezirk Kollege Wilh. Löttgen, den zweiten Bezirk Kollege Heinr. Känd, den dritten Bezirk Kollege August Löttgen. Als Entschädigung wurde beschlossen: für den ersten Bezirk vierteljährlich 3 M. und 6 M. für den zweiten Bezirk vierteljährlich 3 M. und für den dritten Bezirk vierteljährlich 2 M. Unter Verschiedenes wurde angezeigt, daß es sehr zweitmäßig sei, wenn in den Bürgen Montags bzw. Samstags eine Buch-

kontrolle vorgenommen werde. Für diesen Vorsitz wurde Kollege Albert Lang gewählt. Es wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß sämtliche Kollegen den Vorsitz Lang bei der Revision der Bücher unterstützen und nötigenfalls gemeinsam auf Vorzeichen des Mitgliedsbuches bestehen. Zum Schluß wurden noch die Aussichten der Tätigkeit an der Upper und in Hammelsbüch besprochen sowie die Eingabe an die Eisenbahndirection auf Einführung von Arbeitserfahrtkarten nach den bergischen Städten. Es besteht die begründete Hoffnung, daß die Eingabe entsprochen wird.

Oberrod. Nachdem die Kollegen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt waren, hielten wir am 10. Januar unsere diesjährige Generalversammlung ab. In der Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Bericht der Delegierten von der Konferenz in Mengenkirchen, 4. Verschiedenes. Der vom Vorsitzenden, Kollegen Pitton, erstattete Jahresbericht enthielt zunächst einen kurzen Rückblick auf das verflossene Jahr und betonte dann hauptsächlich, daß in diesem Jahre wieder viele Kollegen in unserer Zahlstelle dem Verband den Rücken gekreist hätten. Dann gab unser Kassierer Georg Schneider den Kassenbericht, welcher im allgemeinen zufriedenstellend war; es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen hervor die Kollegen: als erster Vorsitzender Wilhelm Pitton, als zweiter Jos. Krämer; als dritter Schriftführer Wilhelm Kobl, als zweiter Jos. H. als Revisoren Peter Krämer und Jos. Schilling. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Im Punkt 1. Bericht der Konferenz wurde den Kollegen über den Verlauf der Konferenz Bericht erstattet, ganz besonders wurde der geistreiche Vortrag unseres Kollegen Mayer von Berlin über unsere deutsche Wirtschaftspolitik hervorgehoben. Im Punkt Verschiedenes kam Kollege Jos. Schilling auf die Streifunterstützung zu sprechen. Es entzündet sich hier eine lebhafte Diskussion, die dahin ging, daß den Kollegen, die in die Heimat reisen, im Falle einer Auspferung doch dieselbe Unterstützung gezahlt wird, wie in der Fremde. Dann wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus zwei Kollegen, welche eine Haushaltssicht vornehmen sollten, um die sumpfigen Fälle wieder einmal tüchtig aufzutütteln und sie an ihre Pflichten, das Beitragszahlen und den Versammlungsbesuch zu erinnern, aber auch Neuaufnahmen zu machen, um unsere Zahlstelle wieder auf die Höhe zu bringen, auf der sie gestanden hat. Unser Vorsitzender, Kollege Pitton, ermahnte nun noch die Kollegen, doch in der Fremde eifrig für unsere Sache zu arbeiten und unsere Freunde zu stärken für das Jahr 1913. Aber auch unsere Jugend sollten wir nicht vergessen, und es sollte unsere Hauptaufgabe sein, diese zu schützen vor dem nimmermehrigen Druck Sozialdemokratie, denn wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Hierauf schloß unser Vorsitzender mit einem Hinweis auf das Blühen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften die Versammlung.

Paderborn. (Schriftbericht der Zahlstelle Paderborn.) Am 14. Januar fand die Versammlung der Verwaltungsstelle statt. Vom Bericht des Vorstandes wurden abgehalten im Jahre 1911 innerhalb der Verwaltungsstelle 36 Mitgliederversammlungen, 3 außerordentliche und 4 öffentliche Versammlungen. Vorstandssitzungen fanden 6 statt. Der Versammlungsbesuch liegt zu wünschen übrig, findet aber darin eine Erklärung, daß eine große Zahl Mitglieder außerhalb der Stadt mohn. Mitgliederbestand am Schlüsse 1910 war 184 und Ende 1911 stieg die Zahl auf 392. (Bravo! 2 Red.) Aufnahmen wurden gemacht im Laufe des Jahres 200, Übertritte 1 vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Es wurden verkauft 200 Eintrittsmarken zu 50 Pf. Beitragssmarken zu 45 Pf. 62 Stück, zu 50 Pf. 3189 Stück, zu 55 Pf. 10 960 Stück, zu 70 Pf. 40 Stück, Arbeitslosenmarken zu 25 Pf. 250 Stück, Lokalfondsmarken zu 10 Pf. 6200 Stück, 6 Buschlagsmarken zu 30 Pf. Weiter wurden eingenommen für Beiträge 5,10 M., für Kosten 10,95 M., für Hauskassiererbücher 1,20 M., für Futterale 63,15 M., hierzu kommt der Lokalkassenbestand von 190: 777,26 M. Gesamteinnahme 9325,36 M. Ausgabe für die Lokalkasse: An die Zentrale geschickt 6436,72 M., an Krankengeld für 371 Tage in 18 Fällen 248,20 M., für Sterbeunterstützung in einem Fall 48 M. Ausgabe für die Lokalkasse: für Hauskassierung 435,12 M., Porto und Schreibmaterial 54,88 M., für Literatur und Drucksachen 5 M., für Gefäulnis der Arbeit und Lokalverwaltung 15,34 M., für Hauskassiererbücher und Futterale 64,20 M., für Unterstützung der Mitglieder in Notfällen 15 M., für Agitation 3,60 M., für Karteilehiträge 110,10 M., für Bezirkskonferenz, Fahrten, Schlichtungskommision und Stempel 34,76 Mark, für die ausgepeiteten christlichen Tabakarbeiter 50 M. Gesamtausgabe 7770,91 M. Kassenbilanz: Einnahme 9325,36 M., Gesamtausgabe 7770,91 M. Bleibt Lokalkassenbestand 1554,45 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden. Die Arbeitsgelegenheit ist ziemlich gut. Der abgeschaffte Vertrag (Dresdener Schiedsspruch) gilt für Maurer, Zimmerer und Holzbildarbeiter. Die tariflichen Löhne werden überall bezahlt. Schlichtungskommisionssitzungen finden zweitwöchentlich statt. Die agitatorische Tätigkeit wurde auf außerhalb kräftig betrieben und es konnte auch in Bielefeld eine Zahlstelle errichtet werden. Für die ausgepeiteten christlichen Tabakarbeiter wurden gesammelt 66,65 M. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, und zwar als Vorsitzender Adolf Westphal, als Kassierer Wilhelm Eisebrock, als Schriftführer Hermann Siebuhr, als Revisor Schmitz und Benzel, als Revisor Joh. Kleimayr, Heinrich Westphal und Jos. Buttneregge.

Kollegen! Der vorstehende Bericht gilt uns einer Übersicht über die geleistete Arbeit des verflossenen Jahres, und wir können feststellen, daß die Organisation gewachsen ist nach innen und nach außen. Die treue Mitarbeit aller Kollegen ist dieser Fortschritt zu verdanken. Nunmehr muß es unsere Aufgabe sein, weiter zu agitieren mit demselben Geiste und Opfermut, damit sich die letzten

angestrebten Bauarbeiter unserer Organisation zugeführt werden.

Rheine. Krankenfassenvertreterwahl. Bei
der hier am 4. Februar stattgefundenen Krankenfassenver-
treterwahl wurde die Liste der christlichen Bauarbeiter mit
97 Stimmen einstimmig gewählt. Die Genossen, die hier
sonst einen großen Ton rätselten, mit angeblich 90 Mit-
gliedern prunkten und die Herren aller Länder zu sein
wollten, beteiligten sich nicht an der Wahl, jedenfalls um
sich nicht zu blamieren. Wir hoffen zufriedentlich, daß
sich die Kollegen in doppelter Zahl und Energie an der
in nächster Zeit beginnenden Kreisjahresagitation beteiligen
werden. Kollegen von Rheine, nur so vorwärts, und
wir werden bei der Geellenausschuswahl noch günstiger
und fester dastehen.

Kreis) (Bez. Kattowitz). Am 15. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung im Gasthause des Herrn Hatzl statt, welche schwach besucht war. Kollege Süßel eröffnete dieselbe und übergab dem Kassierer Dr. Linke das Wort, der den Jahres- und Kassenbericht erstattete. Alsdann gingen wir zur Vorstandswahl über. Es wurden gewählt die Kollegen: zum ersten Vorsitzenden Robert Sadler, zum zweiten Franz Briege; zum ersten Kassierer Julius Trintz, zum zweiten Johann Smetko; zum ersten Schriftführer Thomas Radotka, zum zweiten Anton Ligas; zu Bevölkern Anton Bella und Joz. Stojet; als Delegierter noch Kattowitz Johann Smetko. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an.

Während am 21. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu der Kollege Ernst Coblenz erschienen war. Nachdem die Versammlung, die höchstens hätte sein können, vom ersten Vorsitzenden, Kollegen Heimes, eröffnet war, gab der Präsident den Jahres- und Kostenbericht. Die Mitgliederzahl ist von 10 auf 22 im vergangenen Jahre gestiegen. Die Einnahmen im vergangenen Jahre betrugen 439,35 A, die Ausgaben 24,08 A. Richtig wurden an die Bevollmächtigtenstelle 115,27 S gekauft. Dem Präsidenten wurde Entlastung verliehen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als Vorsitzender St. Deimes, als Kassierer St. Küllig, als Schriftführer St. Schmid, als Beisitzer St. Walter und St. Rehbour. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Danach führte Kollege Stein den Kollegen die Gründungen des Verbandes vor. Er erläuterte die angeblichste Lage im Baumgewerbe und wies darauf hin, daß, wenn es 1913 zu einem Kriegsfall komme, die Kollegen der Coblenzer Gegend auch mitbeteiligt wären. Es sei also notwendig, alles daran zu setzen, daß bis dahin alle Betriebe der Organisationsangehörigen seien. Nachdem noch ein Kollege mit die Entwicklung geschildert war, wurde die Versammlung geschlossen.

Schneidersberg. Eine am 7. Januar 1911 stattfindende Versammlung hatte den Zweck, eine Winterschlacht ins Leben zu rufen. Darauf wir hier um diese 21 Kollegen haben, gibt es auch noch welche, welche diesen fehlen. Da ist es unsere Pflicht, dieselben aufzufinden, damit wir sie gewissermaßen Sicherheit stellen und auf den Standpunkt, daß es auch ohne Organisation steht. So der obengenannte dies Versammlung werden gemacht: als erster Vorsitzender Georg Mann (Gremeter), als erster Sekretär Walter Hahn (Münster), als erster Kassenprüfer Martin Hellmann (Gremeter). Schauspieler folgten natürlich die Rollen an und verkündeten, nach welchen dafür zu jagen, daß mit ihr noch verbleibenden vier weiteren Schauspielern gleichmässig. Kollege Schneider stand und redete am 19. Januar in einer weiteren Versammlung, welche auch von Gremeter und Kildingerer Kollegen besucht war, über das Thema: Was bedarfte die deutsche Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung? Ein zahlreichen Beifall zeigte er die Sache, die seit dem die Gewerkschaften getragen; besonders sind es die Jahre 1903 bis 1906, die die bedeutendste Entwicklung auf sozialdemokratischem Gebiete brachten. Siehe hier auf das Ausmaßen zu reichen und betont, daß es keine Organisation sei, welche für diese Arbeitserziehung freie. Er dankte ausdrücklich Kollegen, welche in die Zusage gingen, einen entsprechenden engagierten, denn der Vertrauensmann ist die leidige Stütze der Organisation. Der Schenker zog seine Befreiung für seine beruflichen Verpflichtungen. Unter Schneidersberg wurde Stellung genommen zum Verhältnis des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegenüber unserer Organisation. Kollegen folgte Schneider und dieser stellte in verschiedenen Fragen sehr eindeutig bestimmt, entsprechend beide Gedank, bezüglich zu jagen, daß manch der anderen nicht öffentliche Gewerkschaftsbewegung nicht vertrug wurde. Darüber wurde die gesuchte Versammlung abgeschlossen.

Er wies hauptsächlich darauf hin, daß wir uns auch einer Wehrschlag errichten sollten, ähnlich wie die Unternehmer damit wir für die Zukunft gerüstet seien, dazu gehöre aber ein fleißiges und pünktliches Beitragszahlen. Der dritte Punkt: Beitragsregelung nach Statut, wurde von seiten der Vertrauensmänner einstimmig angenommen, wenn auch die Beiträge mancher Zahlstelle mit 10 bis 15 Pf erhöht werden müßten. Zum vierten Punkt übergehend wurde die Aufstellung eines Dispositivs ebenfalls einstimmig beschlossen. Den Anschluß an das Ortskartell Schweinfurt erläuterte Arbeitsssekretär und Kartellvorsitzender Kollege Dederer aus Schweinfurt und referierte über „Ziele und Wegen des Kartells“. Es wurde der Anschluß von seiten der vertretenen Kollegen gutgeheißen, jedoch soll über Höhe des Beitrags (entweder in Pauschal oder pro Mitglied und Quartal) der Beschluss der Kollegen in den einzelnen Zahlstellen (jedoch nicht unter Statut) maßgebend sein. In den Verwaltungsstellen vorhanden wurden folgende Kollegen gewählt: Dr. Lender-Röthlein als Vorsitzender, Joh. Kraus-Röthlein als Kassierer, Dr. Heuler-Teilheim als Schriftführer. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, ihren Pflichten als christliche Gewerkschaftler gewissenhaft nachzukommen. Nachdem die einzelnen Punkte der Tagesordnung erledigt waren, richtete der Vorsitzende einen Appell an die Kollegen, in diesem Jahre noch fleißiger wie zuvor für die gute Sache zu arbeiten. Mit einem Hoch auf den Zentral-Berband christlicher Bauarbeiter Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Wissenschaften. Am 4. Februar fand hier eine Zusammensetzung der Mitglieder unseres Verbandes statt. Der Zweck war Gründung einer Wissenszahnschule. Zu dieser Gründung war auch der Lokalbeamte Kollege Stahl von Sulzbach erschienen, welcher einen Vortrag hielt über Leistung, Sohnernethöhung und Preissteigerung. Der neu gegründeten Zahnschule traten 18 Kollegen bei.

Unglaubliches aus Bayern.

Das Bad Kissingen schreibt man uns: Wie weit die Verhetzung in der politischen Wahlzeit auch auf misslungenem Gebiete ihre Früchte zeigt, davon haben wir hier einen sehr drastischen Beweis. Für das Stoffateurgewerbe besteht ein Tarifvertrag, welcher von dem Arbeitgeberverband des Stoffateurgewerbes und dem sozialdemokratischen Stoffateurverband im Jahre 1916 abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag ging am 31. Januar 1911 zu Ende. Die Vorbereitungen, einen neuen Vertrag abzuschließen, waren getroffen. Nun haben sich während der letzten Beratungswoche eine Anzahl Stoffateure dem christlichen Bauarbeiterverband angeschlossen, da sie nach ihrer Überzeugung seinem sozialdemokratischen Verbande angehören können. Sie wendeten sich an die Arbeitgeber mit dem Erquellen, daß der neu abzuschließende Vertrag auch gemeinsam (wie überall) mit ihnen abgeschlossen werden möchte. Dieses wurde ihnen zugestanden, und sie erhielten auch eine Einladung zu der Tarifberatung am 10. Januar. Auch der sozialdemokratische Verband, welcher anfangs die christliche Organisation nicht annehmen wollte, gab schließlich, durch die Betriebsleitung gezwungen, seine Zustimmung. Die Beratung, welche unter dem Vorșitz des Herrn Dr. Voigt ausfiel, wurde auf einige Stunden ausgelegt.

und am aufmerksam vertagt. Welch treibende oder führende Geister während dieser Unterredung ihr Handwerk gegen den jüdischen Verband getrieben haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Nur so viel steht fest, daß der Sitzende des Vorsitzamtes erklärt, sie vertrat ebenfalls nicht mehr mit dem örtlichen Verbande Kontakte, war noch mit dem sozialdemokratischen. Diesem unbilligen Verlangen wurde seitens des Bonifizienten nicht entsprochen, um der Begründung nach dieses doch vor Beginn der Verhandlungen hätte verlangt werden müssen. Die Verhandlungen wurden viertausend abgebrochen. Dem Bonifizienten, dem namenlosen Arbeitgeber der Stadtvorj der Vorsteiligkeit für die Arbeiter gemacht wurde, wurde nahegelegt, daß ihn die Arbeitgeber nicht mehr als Bonifizienten haben wollten, wogegen sich jedoch in der Sitzung jüdische Arbeitgeber vertheidigt haben.

Die Verhandlungen wurden hieran am 29. Januar unter dem Sechzehnmonatigen Dr. Schreyer wieder aufgenommen. Der öffentliche Beamterverband wurde dazu eingeladen. Zu Beginn der Verhandlung erklärten, wie am Sonntagmorgen, die beiden Arbeitgeber und die Beamte, daß die Geschäftsführer nicht zugegen wären, sondern daß sie zurückgegangen. Am 31. Januar wurde dann der Einvertrag abgeschlossen, aber

Erinnern gestattet die Arbeitsgeber den örtlichen Betriebsverein, welcher gegenwärtig über 150 Mitglieder in Süppingen zählt, wie die Betriebskontrollen auszuführen, ist unbestimmt. Dazu sollte auch die Zahl der Abstimmungen erhöht werden, das am 20. Januar in einer Parteivereinigung in Süppingen unter dem Sozialistischen Verteilungsbund eine Gründungsversammlung stattfand, um dem liberalen Verteilungsbund die Vorsitzigkeit der sozialdemokratischen Spitzeiter der Gruppe zu entziehen und zu ersetzen. Wenn man dies Bedürfnis hat, so politische Gewalt ist zu übernehmen, so darf diese nicht auf das unverhältnismäßige Gebiet übertragen werden. Ein Zentralrat, der für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesetzliches Rechtseinheitlich liefern soll, muß auf dem sozialdemokratischen Organisationsprinzip aufgebaut, welche an dem Betriebsverein basiert sind. Das Besitzverhalten einer Organisation kann für den gewerkschaftlichen Zweck mit gegebenlich werden, um so mehr, da oft Eigentümer auch während einer Betriebsgruppe verstreut liegen. Sodann nicht über sozialdemokratische Organisationen hinaus, die einen sozialdemokratischen Charakter haben.

... der einzelne Schreiber nicht erfasst werden kann, da ein solcher Schreiber eine jahreszeitliche Tätigkeit besitzt, die auf den beobachteten Stadts- und Landesverwaltung verknüpft ist, von einer solchen Um-

wird sich diese Kurzsichtigkeit früher oder später an ihm selber rächen. Einsichtige Arbeitgeber haben dieses schon längst erkannt, nur die Herren Tünchermeister von Rissingen stehen hier als „rühmliche“ Ausnahme da. Selbst von den Arbeitgebern auf dem Gebiete des Tarifwesens anerkannte Autoritäten, wie die unparteiischen Schiedsrichter im Baugewerbe, die Herren Geheimrat Dr. Wiesfeld, Dr. Brenner und Dr. Mayer, haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein Tarifvertrag nur dann dem Wohle der Arbeitgeber und Arbeiter dienen kann, wenn auch alle Organisationen des betr. Berufes davon beteiligt sind.

Auch die Arbeiter können aus diesem Vorgang die Lehre ziehen, inwieweit die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre Standesorganisationen sind. Um Tage steht man sich als Partei gegenüber, um für die Arbeiter einen Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiete zu erreichen, und am Abend geht man als Klassenkämpfer mit dem reaktionären Kapital Hand in Hand. Was mag sich da erst hinter den Kulissen abspielen?? In den Versammlungen spielt die Gewerbesführer den reißenden Wolf und vor den Arbeitgebern das unschuldige Lämmchen. Können da noch denkende Arbeiter solchen Organisationen angehören? Nein und abermals nein!! Wer als Arbeiter eine ehrliche offene Interessenvertretung seines Standes haben will, trete samt und sonders der christlichen Organisation bei, nur dadurch wird es ihm möglich sein, daß seine wirtschaftlichen Interessen wissam vertreten werden. Um so mehr muß es für einen christlichen Arbeiter Ehrenpflicht sein, sich entsprechend seiner Weltanschauung nicht einer sozialdemokratischen, sondern einer christlichen Berufsorganisation anzuschließen. Wer sich nicht an seinem Stand, an seiner Weltanschauung und an seinen christlichen Berufskollegen versündigen will, dessen Platz kann nicht bei den Sozialdemokraten, sondern nur in einer christlichen Organisation sein.

Jedenfalls ist in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir haben uns im letzten Jahre — besonders auch in Bayern — an manches gewöhnt. Solchen Machinationen aber muß endlich einmal ein Vorstoß geboten werden. Empörung muß die gut national gesinnte Bürgerschaft von Bad Kissingen erzeugen, wenn sie sieht, wie sozialdemokratische Organisationen förmlich verhältschelt, christlich und national denkende Arbeiter aber gleichzeitig an die Wand gedrückt werden. Und was sagen die Behörden dazu? Können sie es noch verantworten, an solche Firmen öffentliche Arbeiten zu vergeben? Jedenfalls fordern wir mit aller Entschiedenheit, daß die Rechte und Interessen loyaler Staatsbürger geschützt werden. Auch würde das Verhalten der Arbeitgeber von dem bauenden Publikum wohl kaum genehmigt werden. Sollten die Arbeitgeber aber trotzdem bei ihrer jetzigen Stellungnahme beharren, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn wir uns öffentlich an das Publikum wenden, ob es noch fernherhin keine Arbeiten an Unternehmert vergeben will, die nur mit den Sozialdemokraten Tarifverträge abschließen, christlich-nationale Arbeiter aber davon ausschließen. Dann darf man sich aber auch nicht wundern, wenn letztere zur Selbsthilfe greifen und Arbeiter selbst übernehmen und ausführen. Das ist im Stud- und Lünchergewerbe auch durchaus möglich. Die uns zufolgende Geltung werden wir uns zu verschaffen wissen, das werden auch die Küssinger Stud- und Lünchermeister noch früh genug einzusehen lassen.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Zum drohenden Bergarbeitergeneralsstreik in England. Zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und den Bergarbeiter fanden Verhandlungen statt, die bisher zu keinem Ergebnis führten. Die Arbeiter halten an ihrer Forderung des Mindestlohnes fest, den die Arbeitgeber nach wie vor ablehnen. Letztere haben sich jedoch bereit erklärt, in eine Erörterung der Beschwerden schwierigen Arbeitsstellen einzutreten. In den Verhandlungen entstand eine Stockung, weil die Grubenbesitzer von Süd Wales wegen angeblicher Richteinhaltung von getroffenen Abmachungen seitens der Arbeiter sich von den Verhandlungen zurückzogen. Die Arbeiter haben ihre Vertreter dazu gezwungen, Verhandlungen aufzugehn.

Der Ausstand der belgischen Bergarbeiter im Borinagegebiet dauert noch immer an. Die Grubenbesitzer haben die von der Regierung gemachten Einigungsvorschläge abgelehnt. Nunmehr soll eine Abstimmung darüber stattfinden, ob der Ausstand noch weiter geführt werden soll.

Der christliche Tertiararbeiterverband Ostpreußen hat im Jahre 1911 um 2155 Mitglieder zugemommen; davon im vierten Quartal allein, also innerhalb 13 Wochen, 1062 Mitglieder. Die „Tertiararbeiter-Zeitung“, das Organ des Verbandes, schreibt in ihrer letzten Nummer, daß noch niemals eine solche Begeisterung und ein solcher Agitationseifer unter den Mitgliedern herrschte, als in letzter Zeit. Nicht weniger als 72 500 Flugblätter wurden seitens der Vertrauensleute unter den Tertiärarbeitern im letzten Quartal 1911 verteilt; vier neue Ortsgruppen wurden in dieser Zeit gegründet. Der Verband zählt heute über 10 000 Mitglieder. Wenn die Agitation weiter solche Erfolge bringt, und das ist zu hoffen, denn die „Tertiararbeiter-Zeitung“ berichtete bereits, daß im Monat Januar die Agitation noch erfolgreicher sei als in den vorhergehenden Monaten, dann dürften die ersten 20 000 Mitglieder im Laufe des nächsten Jahres erreicht werden.

Die Riesenauflösungsperrung in der englischen Textilindustrie wurde durch einen Waffenstillstand beendet. Es wurde zwischen den streitenden Parteien vereinbart, daß die Arbeiter in den nächsten sechs Monaten keinen Streik wegen der Durchführung von Richtorganisierten infol-

Bewegung vor, indem die Weber eine fünfprozentige Lohn erhöhung fordern. Die Fabrikanten haben erklärt, es sei keine unbefangene Erörterung möglich, solange in verschiedenen Fabriken Störungen wegen Nichtorganisierter beständen. Die Arbeiter betrachten das als einen Ausrede.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Kartoffelernte in Preußen im Jahre 1911. Der „Westdeutsche Landwirt“ bringt in seiner Nr. 2 vom 10. Januar 1912 eine Zusammenstellung über die Kartoffelernte nach einer Sondernummer der Statistischen Korrespondenz. Danach betrug:

Der Gesamtertrag an Kartoffeln im Vergleich zu beiden Vorjahren in den einzelnen Provinzen:

Provinzen	1911	1910	1909
Tonnen zu 1000 Stk.			
Ostpreußen	2601542	2437456	2292029
Weißrussland	2599681	2825252	2844015
Brandenburg (einschl. Berlin)	3192441	5267973	4863413
Pommern	2828902	3262289	3014093
Posen	2779629	4926149	4729421
Schlesien	3482399	5040430	4832872
Sachsen	1794916	2951431	3339530
Schleswig-Holstein	403500	394223	381168
Hannover	1841428	1809443	2044350
Westfalen	1394868	959746	1394096
Hessen-Nassau	885870	953033	1391553
Rheinland	1787039	186786	2557337
Hohenzollern	43988	34852	35727
Königreich Preußen	25630203	32730253	33719634

Danach ist also nur in den Provinzen Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hohenzollern die Kartoffelernte etwas größer als im Vorjahr gewesen, während sie in den übrigen Provinzen gegen 1910 zurückgeblieben ist, zumeist sogar sehr stark, wie besonders in Brandenburg, Schlesien, Posen und Sachsen. Im ganzen ist die Kartoffelernte 1911 die kleinste des ganzen Jahrzehnts 1907/1911, und im ganzen Jahrzehnt 1901/1911 steht nur diejenige des Jahres 1904 (24 655 447 T.) hinter ihr zurück.

Der Hektarertrag stellte sich in den einzelnen Provinzen im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

1911	1910
Tonnen zu 1000 Stk.	
Ostpreußen	14,75
Weißrussland	13,35
Brandenburg	10,26
Pommern	13,77
Posen	9,49
Schlesien	10,41
Sachsen	8,92
Schleswig-Holstein	13,0
Hannover	13,39
Westfalen	14,56
Hessen-Nassau	10,09
Rheinland	10,35
Hohenzollern	8,69
Königreich Preußen	11,41
	14,67

Die Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Hessen-Nassau, Rheinland und Hohenzollern stehen unter dem Staatsdurchschnitt von 11,41 T., während die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein und Westfalen darüber hinausragen. Den höchsten Hektarertrag hat mit 14,75 T. Ostpreußen, den niedrigsten mit 8,69 Tonnen Hohenzollern erreicht.

Das Mittel des Hektarertrages im Jahre 1910/11 mit 13,85 T. haben nur die Provinzen Ostpreußen und Westfalen überschritten, während von den übrigen Provinzen Pommern, Hannover, Westpreußen und Schleswig-Holstein annähernd dieses Mittel erreicht haben; dagegen sind Rheinland, Hessen-Nassau, Schlesien, Brandenburg, Posen, Sachsen und am meisten Hohenzollern mehr oder weniger erheblich dahinter zurückgeblieben.

Invalidenpflege für Lungenkranken Rentenempfänger bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“. Die auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten haben sich u. a. auch die Fürsorge für erwerbsfähige Versicherte zur Pflicht gemacht. In steigendem Maße haben sich die Landesversicherungsanstalten aber der tuberkulösen Erkrankten angenommen. Die Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ berichtet hierüber in Nr. 12 ihrer „Amtlichen Mitteilungen“ vom Dezember v. J. wie folgt:

Die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz hat auch im Jahre 1910 ihre besondere Fürsorge den tuberkulösen Invaliden zugewandt, d. h. jenen Erwerbsfähigen, die wegen Tuberkulose der Lungen oder des Kehlkopfes Rente beziehen, bei denen also ein Heilversfahren ohne Erfolg geblieben ist oder der Krankheitsprozeß der Lungen bereits so weit vorgeschritten war, daß das übliche Heilversfahren von regelmäßigen drei Monaten eine sichere Aussicht auf Erfolg nicht mehr bot. Ihnen Hilfe zu gewähren, erwies sich um so unabsehbarer, je mehr man erkannte, daß eine Absonderung gerade dieser Tuberkulösen, die eine besonders große Ansteckungsgefahr für ihre Umgebung bilden, notwendig sei. Wenn die Heilstätten sich auch einer großen Zahl sogenannter heilsamer Fälle annehmen, so ist doch die Zahl derjenigen, die wegen des vorgeschrittenen Grades der Krankheit dort keine Aufnahme finden können, weit größer. Im Jahre 1910 sind 411 tuberkulöse Invaliden versorgt worden, darunter 90 Frauen. Die Zahl der Lungenkranken Invaliden, die Aufnahme in diesen Krankenhäusern wünschen, ist erstaunlicherweise in einem weiteren Steigen begriffen. Von den Kranken sowohl wie von ihren Angehörigen wird die Unterbringung nicht

als Härte, sondern immer mehr als Wohltat empfunden. Verpflegt wurden im Jahre 1907 162, 1908 221, 1909 293, 1910 411 tuberkulöse Rentenempfänger. Auch ist festzustellen, daß der Aufenthalt der Lungenkranken im Krankenhaus von einer ständig wachsenden Dauer ist, was natürlich bei dem vorgeschrittenen Stadium ihres Leibens, wenn eine Besserung erzielt werden soll, notwendig ist. So sind 67 Lungenkranken länger als zwei Jahre, 75 länger als ein Jahr, 111 länger als sechs Monate in den Pflegeheimen geblieben. Im Jahre 1910 sind von insgesamt 411 verpflegten Personen einschließlich der Todesfälle insgesamt 286 Personen gleich 70 Prozent in den Altenstalten geblieben. Die ständige Behandlung durch den Arzt hat regelmäßig gute Erfolge zu verzeichnen. Verschiedene Pfleglinge wurden aufgenommen, bei denen ein Heilversfahren abgelehnt worden war, weil nicht vorauszusehen war, daß sie durch die Heilstättenbehandlung übliche Kur in der Höchstdauer von drei Monaten wieder erwerbsfähig werden würden. Mehrere von diesen konnten nach vielmonatiger Schonung und Behandlung nunmehr dennoch als für die Heilstätte geeignet entlassen werden. Im Jahre 1910 wurden zehn vorgeschrittene Fälle als erwerbsfähig entlassen. Die Aufnahme erfolgt lediglich gegen Abtretung der bewilligten Invalidenrente, so daß ein weiterer Zuschuß zu den Pflegekosten nicht gefordert wird. Der aufgenommene Pflegling kann aus der Pflegeanstalt jederzeit austreten, er ist jedoch auf ein Vierteljahr an den Verzicht auf seine Rente gebunden. Der Austritt muß spätestens einen Monat vor Ablauf eines Vierteljahrs angezeigt werden. In Benutzung sind etwa 30 kleinere Krankenanstalten. Dadurch, daß diese sich über die ganze Provinz verteilen, ist es dem Kranken ermöglicht, in seiner engeren Heimat und in der Nähe seiner Angehörigen zu verbleiben. Anträge auf Aufnahme sind beim Bürgermeisteramt oder Gemeindevorsteher zu stellen.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baufälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baufälle sind so schnell als möglich einzusenden.)

Duisburg. Der 43 Jahre alte Maurer Karl Heberle erlitt durch einen Sturz vom Gerüst eines Neubaus der Zeche Biesche so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Hamm. Der Kollege Josef Giesendorf aus Frielighausen erlitt Dienstag, den 6. Februar, auf der Zeche der Wendel einen komplizierten Beinbruch und Schulterbruch und mußte ins Krankenhaus nach Hamm geschafft werden. Der genannte Kollege war mit noch anderen an einem sogenannten Dreimaster, an welchem ein Kettenzug hing, beschäftigt. Es löste sich die Schraube an dem eisernen Bolzen, und die drei Bäume fielen auseinander und traten unseren Kollegen schwer.

Neben die Bau- und Terraingesellschaften im Jahre 1911 schreibt die Wissenschaftliche Korrespondenz:

Die gesellschaftliche Unternehmungsform hat gerade auf dem Gebiete des Bau- und Terraingeschäfts in den letzten Jahren recht bedeutende Fortschritte gemacht. Die kapitalstärksteren Aktiengesellschaften haben besonders in den Großstädten einen erheblichen Teil des Baugeschäfts an sich gerissen, naturgemäß unter Verdrängung vieler mittlerer und kleiner Bauunternehmer. Man würde jedoch zu weit gehen, wenn man die zahllosen finanziellen Zusammenbrüche von Firmen ausschließlich dem raschlosen Vordringen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zuschreiben wollte. Der Betrieb des Bau- und Terraingeschäfts erfordert bei den hohen Bodenpreisen und angesichts der Schwierigkeiten, die sich bei Beschaffung von Baugeldern und Hypotheken ergeben, heute relativ große Kapitalien, die vom Einzelunternehmer vielfach nicht in hinreichendem Maße aufgebracht werden können. Das abgelaufene Jahr stand im Zeichen einer scharfen Propaganda für Bekämpfung des Bauwildwinds. Bis zu einem gewissen Grade mag die Errichtung über die sogenannten „Bauschieber“ gerechtfertigt sein, es wird jedoch auch hier zweifellos arg über das Ziel hinausgeschossen. Gar mancher solide Unternehmer, der infolge der oben erwähnten Schwierigkeiten einen Bau vor der Vollendung aufgeben mußte, und selbst dabei schwere finanzielle Verluste erlitten hat, wird stuporos den Bauschiebern zugesagt. Das praktische Ergebnis der vielen Debatten um, über den Bauschrudel wird vielleicht die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen sein. Damit würde die Unterlegung eines Drittels der Baukosten obligatorisch gemacht. Es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß eine solche gegebene Maßnahme für die Bau- und Terraingesellschaften eine weitere recht beachtenswerte Begünstigung bedeuten würde. Die mittleren und kleineren Einzelunternehmer würden dann erst recht in eine kritische Lage kommen. In den letzten Jahren war die Unternehmungslust bei den Bau- und Terraingesellschaften außerordentlich rege. Neben Aktiengesellschaften mit zum Teil recht ansehnlichen Grundkapitalen wurden vor allem zahlreiche Gesellschaften m. b. H. gegründet. Die Form der letzteren wurde vielfach auch gewählt, um der Wertzettelsteuer usw. zu entgehen. Infolgedessen zeigt sich ein ganz auffallendes Anwachsen von Gesellschaften m. b. H., die nur über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapital von 20.000 T. verfügen. Besonders in Berlin und Vororten war eine starke Summe der Neuinvestitionen beliebt sich bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Jahre 1911 auf 63,78 Millionen Mark. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Abnahme um 24,95 Millionen Mark. Von den Neuinvestitionen im Jahre 1911 entfallen auf Kapitalerhöhungen 11,34 Millionen Mark und auf Neugründungen 52,44. Es sind im ganzen 640 neue Bau- und Terraingesellschaften entstanden. Davon entfallen auf die Aktiengesellschaften 26 mit 15,97 Millionen Mark Nominalkapital. Das gesamte Stammkapital der

614 neuen Gesellschaften m. b. H. beliebt sich auf 36,47 Millionen Mark. Nachstehende Zusammenstellung spiegelt die Bewegung der Neuinvestitionen in den Jahren 1906 bis 1911 in Millionen Mark:

	Neugründungen	Erhöhungen	Summe d. Neuinvestitionen
1906	73,48	23,18	96,66
1907	42,10	25,53	67,63
1908	63,40	17,90	81,30
1909	64,81	12,32	77,13
1910	77,04	11,69	88,73
1911	52,44	11,34	63,78

In den Jahren 1906 bis 1911 sind 3030 neue Terrain- und Baugesellschaften gegründet worden. Davon entfallen auf Aktiengesellschaften 119 und auf Gesellschaften m. b. H. 2911.

Über die Bautätigkeit im vergangenen Jahre in Hamburg werden folgende Angaben gemacht: In den 20 vorhandenen Stadtteilen wurden insgesamt an Neubauten errichtet: zu Wohnzwecken 931 Gebäude überhaupt, davon 865 Vorderhäuser und 66 Hinterhäuser, 863 Etagenhäuser und 68 Familienhäuser. Die Gesamtzahl der neuen Gebäude betrug 11 669, von denen indessen 183 nicht zu Wohnzwecken bestimmt sind. In besonders starkem Maße waren die Stadtteile Eimsbüttel, Hamm und Barmbeck an den Neubauten beteiligt; in Eimsbüttel betrug ihre Zahl 93 mit 126% Gefallen, in Hamm 197 mit 2378 Gefallen und in Barmbeck 200 mit 2914 Gefallen. Neubauten für andere Zwecke wurden im ganzen aufgeführt: Geschäfts- und Kontorhäuser, Fabrikgebäude, Speicher und vergleichbare 127, Stallgebäude, Schuppen, Schauer u. dgl. 368, sowie andere Gebäude (Kirchen, Schulen, Theater u. dgl.) 41, in denen allein zusammen noch 74 Wohnungen liegen. Die Zahl der Gebäude, an denen An-, Um- oder Aufbauten vorgenommen wurden, belief sich auf 188; die dadurch hervorgerufene Vermehrung der Wohnungen in diesen übertraf aber mit 183 nicht viel deren Verminderung mit 169. Abbrüche von Gebäuden wurden 662 vorgenommen, wovon 904 Wohnungen betroffen wurden. Die gesamte Vermehrung der überhaupt vorhandenen Wohnungen wird auf 11 743, die Verminderung auf 1073 angegeben. Auch hier tritt natürlich die intensive Tätigkeit in den oben schon angeführten drei Stadtteilen sehr hervor; die Vermehrung der Wohnungen stellte sich nämlich in Eimsbüttel auf 1261, in Hamm auf 2381 und in Barmbeck auf 2920. Nur in ganz verschwindendem Maße ist an dieser Bautätigkeit das Freihafengebiet beteiligt; natürlich stehen hier weniger die Wohnungen als vielmehr industrielle Gebäude im Vordergrund, doch erreicht auch deren Zahl insgesamt nur 60. Ein Vergleich der Anzahl der Wohnungen in den beiden letzten Jahren zeigt folgendes Resultat: Die gesamte Vermehrung der überhaupt vorhandenen Wohnungen belief sich im Jahre 1910 auf 17 890, deren Verminderung auf 2142. Daraus und aus den oben angeführten Zahlen für 1911 folgt eine Vermehrung der vorhandenen Wohnungen im Jahre 1911 von 10 670, dagegen im Jahre 1910 von 15 748. Die Bautätigkeit war also im letzten Jahre erheblich geringer als im Vorjahr.

Der Berliner Wohnungsmarkt am Schluß des Jahres 1910 wird von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, in der Monatschrift „Groß-Berlin“ erörtert. Auf 42 Vorstädten mit 3 450 000 Einwohnern erstreckt sich seine Aufnahme, einige kleine Dörre sind nicht berücksichtigt.

Leer standen am 15. Oktober 1910 55 566 Wohnungen ohne Geschäftsräume, 4867 mit Geschäftsräumen und 6100 Geschäftsräume ohne Wohnungen. Die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen betrug also 60 433, die Gesamtzahl der leerstehenden Geschäftsräume 10 967.

Die Gesamtzahl der vorhandenen Wohnungen beträgt 1 Million. Der Anteil der leerstehenden Wohnungen belief sich also auf mehr als 6 Prozent. In Berlin betrug er 5 Prozent. In den meisten anderen Gemeinden war er höher. In 7 von den 29 in die Untersuchung einbezogenen Vororten, die am 1. Dezember 1910 mehr als 2000 Einwohner zählten, überstieg er 10 Prozent, nämlich in Mariendorf, Tempelhof, Reinickendorf, Friedenau, Oberköpenick, Steglitz und Panow; niedriger als in Berlin war er nur in Dahlem, Friedrichshagen, Groß-Lichterfelde und Schöneberg. Für die Gesamtheit der 41 Vororte und Berlin 6,2 Prozent, für die 41 Vororte 6,2 Prozent.

Unter den mit Geschäftsräumen verbundenen Wohnungen war der Anteil der leerstehenden jährl. kleiner als unter den reinen Wohnungen. Eine Ausnahme bildeten von den Gemeinden mit mehr als 200 Einwohnern lediglich Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Lichtenberg und Vorhagen-Krummeckburg. In Berlin betrug der Anteil der leerstehenden unter den reinen Wohnungen 5,2 Prozent, unter den mit Geschäftsräumen verbundenen 3,4 Prozent, in den 41 Vororten zusammen 7,9 bzw. 7,8 Prozent, in den 41 Vororten und Berlin 6,3 bzw. 6,0 Prozent.

Eine Gliederung der reinen Wohnungen nach ihrer Größe ergibt, daß in den 41 in die Untersuchung einbezogenen Gemeinden und Gutsbezirken 38 Prozent der vorhandenen Wohnungen nicht mehr als ein Zimmer hatten. Zwei Zimmer hatten 36 Prozent, drei Zimmer 13 Prozent, vier Zimmer 6 Prozent und mehr als vier Zimmer 7 Prozent aller Wohnungen. Anderseits hatten von den leerstehenden Wohnungen 37 Prozent nicht mehr als ein Zimmer, 35 Prozent zwei Zimmer, 13 Prozent drei Zimmer, 6 Prozent vier Zimmer und 9 Prozent mehr als vier Zimmer. Von den Wohnungen mit nicht mehr als einem Zimmer standen 6,2 Prozent leer, von den Zweizimmerwohnungen ebenfalls 6,2 Prozent, von den Dreizimmerwohnungen 6,1 Prozent, hingegen von den Vierzimmerwohnungen 6,9 Prozent und von den größeren Wohnungen 7,6 Prozent. Von den kleinen Wohnungen mit nicht mehr als zwei Zimmern standen 6,2 Prozent leer, von den mittleren Wohnungen mit drei und vier Ziimmern 6,4 Prozent, von den größeren

Zimmern mit fünf und mehr Zimmern 7,6 Prozent. Im einzelnen zeigen sich natürlich — im Einklang mit der örtlich sehr verschiedenartigen Entwicklung der Bautätigkeit — gewisse Abweichungen von dem Gesamtbild. In Berlin selbst z. B. war das Angebot an mittleren Wohnungen besonders gering, in zahlreichen Vororten hingegen besonders groß.

Die wichtigsten Ergebnisse der Aufnahme des Wohnungsmarkts in Groß-Berlin vom 15. Oktober 1910 sind demgemäß:

1. Es standen mehr als 65 000 Wohnungen und mehr als 11 000 Geschäftsräume leer.

2. Es standen mehr als 6 Prozent aller Wohnungen leer, und zwar in Berlin allein 5 Prozent, in den Vororten zusammen 8 Prozent.

3. Das Angebot an Wohnungen war um so größer, je größer die gesuchte Wohnung war. Von den kleinen Wohnungen standen 6 Prozent leer, von den großen $\frac{7}{8}$ Prozent.

In Einzelergebnissen sind bemerkenswert:

In Berlin standen leer 26 905 Wohnungen ohne, 202 mit Geschäftsräumen und 4095 Geschäftsräume ohne Wohnungen. Die Zahl der Einzimmerwohnungen darunter war 13 163, der Zweizimmerwohnungen 8435, die der Wohnungen mit 6 oder mehr Zimmern 948.

In Charlottenburg standen 4957 Wohnungen ohne Geschäftsräume leer, daneben 593 Wohnungen mit Geschäftsräumen und 392 Geschäftsräume ohne Wohnungen. Einzimmerwohnungen waren 373, Zweizimmerwohnungen 1765, Wohnungen mit 6 oder mehr Zimmern 1762.

In Schöneberg war die Zahl der leerstehenden Wohnungen 1778 und 308, der leerstehenden Geschäftsräume 202. Darunter Ein- und Zweizimmerwohnungen 194 und 506, Wohnungen mit 6 und mehr Zimmern 263.

In Wilmersdorf standen leer 2567 Wohnungen, darunter 70 mit einem, 710 mit zwei, 449 mit 6 oder mehr Zimmern; außerdem waren leer 295 Wohnungen mit Geschäftsräumen und 131 Geschäftsräume.

In Friedenau standen 6242 Wohnungen ohne, 547 mit Geschäftsräumen und 285 Geschäftsräume ohne Wohnungen leer. Von den leeren Wohnungen hatten 2931 ein, 2568 zwei und nur eine einzige sechs Zimmer. Von Wohnungen mit mehr als sechs Zimmern war keine unbewohnt.

In Lichtenberg war keine Wohnung auch nur von sechs Zimmern leer, dagegen 766 von einem, 774 von zwei Zimmern; insgesamt 1752 ohne, 253 mit Geschäftsräumen und 113 Geschäftsräume ohne Wohnung.

Es standen leer	in 41 Bez. in Berlin und anderen 41 Vororten
Wohnungen mit 1 Zimmer	7 032 20 195
2 Zimmer	10 951 19 386
3	4 896 7 229
4	2 431 3 467
5	1 536 2 181
6	767 1 154
7	496 726
8	239 393
9 oder mehr	166 343

der „Baugewerkschaft“ teilten wir schon mit, daß der „Genosse“ A. Heine zu drei Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Am 7. Februar stand die schon angekündigte Sache des „Genossen“ Otto Deigert zur Entscheidung. Deigert hatte als Delegierter die Arbeit gemeinschaftlich niedergelegt, um die Entlassung unseres Kollegen Berner zu erzwingen, was auch gelang. Das Urteil lautet ebenfalls auf drei Tage Gefängnis. Eine Sache wegen Mißhandlung steht noch aus.

Baumaterialienlieferanten, Arbeitgeberbund und Konventionalstrafen.

E. V. Eine für das Baugewerbe wichtige Entscheidung fällte dieser Tage das Oberlandesgericht Celle. Während des Streits im Baugewerbe im Frühling 1910 beschloß auch der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser in Bremenhaven, um die Sperrerei wirksamer zu machen, daß keines seiner Mitglieder Baumaterial an Nichtmitglieder und Private abgeben solle. Als Strafe für Zwiderhandelnde wurden 1000,- festgesetzt, und diese Vertragsstrafe wurde einer Betriebsfabrik in Lehe aufgelegt, die trotzdem zu zahlten meinte. Flügerte der Arbeitgeberverband die Summe ein und erhielt sie auch vom Landgericht Verden zugesprochen. Das Oberlandesgericht Celle wies dagegen die Klage ab, indem es ausführte: Die Strafbestimmung des Flügerteischen Verbandes stehe mit dem § 152 der Gewerbeordnung im Widerspruch. Der Absatz 1 dieses Paragraphen lasse zur Sicherung der vollen gewerblichen Koalitionsfreiheit Verabredungen und Vereinbarungen von Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gejellen oder Fabrikarbeitern zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen allgemein zu, indem er die gewerblichen Verbote und Strafbestimmungen aufhebe. Andererseits sei im Absatz 1 jenes Paragraphen derartigen Abmachungen der staatliche Schutz entzogen. Sie seien zwar nicht mächtig, doch stehe jedem Teilnehmer schlechthin der Rücktritt frei, und es finde aus ihnen weder Klage noch Einrede statt. Die Bestimmung umfasse auch Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung bisheriger Lohnsätze, weil sie ebenfalls die Erreichung günstiger Lohnsätze für die Zukunft anstreben. Eine Vereinigung der im dritten § 152 Absatz 1 der Gewerbeordnung genannten Art sei auch der Flügerteische Arbeitgeberverband, was besonders aus § 18 seines Statuts erscheile. Die darin als Gegenmittel gegen Anwidigung oder Ausbruch von Arbeitstreits in Aussicht genommene und durch Strafandrohung zu erzwingenden Maßregeln der Arbeitserlaßung oder Sperrung sämtlicher Bau- und Arbeitsplätze, ferner die vorzuschreibende Aufnahme der Streikauflage in die von den Mitgliedern abzuschließenden Werk- und Lieferungsverträge bezwecken augenscheinlich in Wohnhäusern zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die für jene günstigen Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Lediglich die subjektive Auffassung der Arbeitgeber sei dabei maßgebend, und in diesem Sinne seien eben diejenigen Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie günstig, die sie zu erlangen wünschen. Daher müsse auf den flügerteischen Arbeitgeberverband und das Verhältnis zu seinen Mitgliedern § 152 der Gewerbeordnung zur Anwendung kommen, und mit hin erwecke der bestallten Betriebsrat aus ihrer Zugehörigkeit zu diesem Verband keine durch kluge erzwingbare Gebundenheit. (Nachdruck verboten.)

Gerichtliches.

Erfeld. Vor dem Erfelder Strafgericht hatte sich am 25. Januar der Agitator des sozialdemokratischen Eisenbahnverbandes, Robert Störing, wegen verleidlicher Beleidigung des Kollegen H. Schwarz zu verantworten. Der Angeklagte hatte behauptet, Schwarz habe selber der Fabrik Sohne Gotha untergeschlagen. In Erfurt erklärte der Angeklagte, für seine Behauptungen kann nicht den Schatten einer Beweise erbringen zu können. Der Richter erklärte, es könne ihm nicht auf die Höhe des Straftatzes an, als wie um die gerichtliche Darstellung der Verleidung. Das Urteil lautete auf 30,- Goldmark bzw. sechs Tage Gefängnis, sowie die gesuchten Gerichtskosten. Dem Prozeßrichter wurde das Recht gezeigt, den erneuten Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten zu verantwenden: im „Grauelein“ (Fernhause) und in der sozialdemokratischen „Poststelle“ (Erfeld). Es kann aus diese Bedeutung in sich schließen. Das ist der dritte Fall aus jüngster Zeit, wo sozialdemokratische Agitatoren wegen Beleidigung des Kollegen Schwarz bestraft werden sind.

Zeitung. (Begeisterter Zeitungskritiker) In Nr. 3

Achtung, Bezirk München!

Alle für die Verwaltungsstelle Augsburg bestimmten Sendungen sind von jetzt ab zu richten an: A. Gagemeier, Augsburg, Wintergasse 12 I., Telephon 2637.

Bezirk Münster.

Vom § 7, Abs. 6 des Statuts und im Einverständnis mit dem Zentralvorstand berufe ich auf Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, eine

Bezirkskonferenz

nach Münster (Westf.) ein. Tagungsort Thomas (früher Pape), Clemensstraße.

Tagordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Delegierten.
3. Vortrag: Unsere Stellung zur deutschen Volkswirtschaft.
4. Vortrag: Welche Aufgaben haben wir angesichts des Abschlusses der Tarifverträge in diesem Jahr zu erfüllen?
5. Erledigung gestellter Anträge.
6. Wahl des Bezirksvorstandes.

Die zu stellenden Anträge müssen spätestens bis zum 19. Februar, laut § 7, Abs. 10, beim Unterzeichneten eingesandt sein.

Alle Zahlstellen haben mindestens einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten dafür tragen die Zahlstellen selbst.

Alles Nähere ist durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Der Bezirksvorstand.

B. Müller, Bezirksleiter.

Achtung! Verwaltungsstelle Hannover!

Zwecks Kontrolle der Arbeitslosen hat der Ausschuss der Verwaltungsstelle zum § 18 Absatz 3 des Statuts folgendes beschlossen:

Mitglieder unseres Verbandes, welche arbeitslos sind und Anspruch auf Arbeitslosenmarken erheben, haben sich in der Woche (ausgenommen Sonntags und Montags) dreimal zur Kontrolle zu melden, und zwar unter Vorlegung des Mitgliedsbuches in den Vormittagsstunden von 11—1 Uhr am Bureau. Bei der dritten Abstempelung wird die Arbeitslosenmarke eingeklebt. Dieselbe kostet 30 Pf. Mitglieder, welche noch in der Heimat sind und zurückkehren, haben vor Abgabe der Invalidenkarde dieselbe am Bureau vorzulegen, es wird ihnen dann ebenfalls die Arbeitslosenmarke eingeklebt. Wir bitten, diesen Beschluss zu beachten.

Die Bürostunden für die Kollegen sind wochentags von 11—1 Uhr vormittags und von 6—7½ Uhr abends; Sonntags von 11—1 Uhr vormittags.

Der Verwaltungsstellenvorstand.

J. A. Schneider,
Hannover, Am Kanonenwall 16.

Sterbetafel.

Am 1. Februar starb unser treuer Kollege Johann Kamrad im 38 Lebensjahre an Gehirnerschütterung infolge eines Sturzes.

Zahlstelle Oberglogau (O.-Schl.).

Am 3. Februar starb unser Kollege Heinrich Ruhwedel im Alter von 46 Jahren an Leberleiden.

Zahlstelle Hagen.

Am 4. Februar starb unser Kollege Oswald Weber im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Zahlstelle Köln (Hilfsarbeiter).

Am 5. Februar verschied unser treuer Kollege G. Kladde im 43. Lebensjahre an Lungenerkrankung.

Zahlstelle Haselünne.

Am 5. Februar starb unser Kollege Georg Treller im Alter von 53 Jahren an Herzähnlichkeit.

Zahlstelle Ingolstadt.

Am 5. Februar starb unser Kollege Johann Wolf im Alter von 19 Jahren an Lungenerkrankung.

Zahlstelle Erle (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Ach lieber Frau Schneider, was soll ich tun?
Das Kind hustet und spricht ganz heiser, der Hals ist rot und ich hab solche Angst. Aber ich kann doch jetzt spät abends den Doktor nicht mehr holen!
— Nun, dann geben Sie dem Kind einstweilen sechs von diesen Sodener Pastillen in warmer Milch — es sind die ächten von Fay — und in einer Stunde noch einmal sechs. Das wird vielleicht schon genügen und jedenfalls wird es nützen. Kaufen Sie sich dann morgen eine Schachtel für 85 Pf. in der Apotheke oder Drogerie. Fays Sodenter sollten Sie wirklich immer im Hause haben. Nachahmungen weise man zurück.

Können Sie tanzen?

Wollen Sie ohne Lehrer in wenigen Stunden sämtliche modernen Rund- und Gruppentänze lernen, daß Sie sich auf jedem Ver- einigtswahltag bewegen können, so beziehen Sie das „Tanz- Lehrbuch zum Selbstunterricht“ von Ballenmeister C. Henry. Preis M. 1,60. Erfolg garantiert.

W. A. Schwarze's Verlag, Dresden N. 6/340.

Allgemeine Briefkette

eine praktische Anleitung, wie man Briefe nach den Regeln des guten Stils schreiben soll. Eine Sammlung von zahlreichen Freundschafts-, Familienbriefen, Glückwünschen, Einladungen, Dankeskarten, Trost- Empfehlungsschreiben, Besuchserklärunghen, Verweise, Mahnschriften, Liebesbriefen und Heimwehbriefen, handschriftlichen Briefen, Formularen zu Anzeigen, Quittungen, Weiszeichnungen, Entnahmen, Klappen, Kontraten, Vollmachten, Abschreibeschriften, Sprachlehrer und einem Fremdwörterbuch.

R. Grübel sen.,
Cabarz b. Waltershausen 16.

Inserate in der
Baugewerkschaft
Ihre besten Erfolg!

